

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Mittwoch, 15. März 1989

Nr. 52 (5 930)

Preis 3 Kopeken

## Schlußwort G. W. Kolbins auf dem XIV. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Genossen! Während der Vorbereitung dieses Plenums war das Büro des ZK bestrebt, die in der Republik entfalteten Arbeiten zur Realisierung der Beschlüsse der XIX. Unionskonferenz der KPdSU möglichst objektiv und selbstkritisch zu bewerten. Ich glaube, die allgemeine Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn ich sage, daß der Bericht, gleich wie die Ansprachen, die heute von dieser Tribüne aus erklungen, in vollem Maße vom Geist der Prinzipaltreue und der hohen Anforderungen durchdrungen waren, wozu die Partei uns aufruft.

Wir nennen die XIX. Parteikonferenz mit Recht ein präzedenzloses Ereignis. Und zwar vor allem deshalb, weil sie die langersehnte Rückkehr zu wahrhaft demokratischen, Leninschen Normen der allseitigen und offenen Erörterung aktueller Fragen, zur freien pluralistischen Äußerung verschiedener Herangehensweisen und Meinungen gekennzeichnet hat. Die Ersprießlichkeit der erfolgten Diskussionen und die markant ausgeprägte gesellschaftliche Aktivität der Teilnehmer des Parteilforums haben überzeugend die hohe Lebenskraft der auf dem Aprilplenum von 1985 ins Leben gerufenen Ideen bewiesen. Gerade unter ihrem Einfluß gestaltet sich in der Partei und im Lande eine gesunde moralisch-psychologische Atmosphäre, die zur Freisetzung der schöpferischen Energie der Massen beiträgt.

Diese schöpferische Energie macht sich auch in unserer Republik gut bemerkbar. Ihr konkreter Ausdruck sind die bedeutenden Wandlungen, die sowohl im sozialökonomischen als auch im politischen und geistigen Bereich eingetreten sind. Die bei der Realisierung des Wohnungs- bzw. des Lebensmittelprogramms erzielten Wandlungen sind natürlich erfreulich. Bewertet man jedoch die Ergebnisse nicht vom Standpunkt des Geleisteten, sondern von der Position dessen aus, was noch zu tun bevorsteht, so muß man zugeben: Die Umgestaltung in der Republik hat erst begonnen. Daher kommt es sehr darauf an, sich nicht an den ersten Erfolgen zu berauschen und sich nicht durch den beruhigenden Gedanken täuschen zu lassen, daß alles sozusagen von selbst, wie am Schnürchen weitergehen wird. Wie machtvoll der Erneuerungsimpuls aus sein mag, wird er ohne seine ständige Unterstützung durch neue energische Handlungen der fortschrittlichen Umgestaltungskräfte unvermeidlich erlöschen.

Die Handlungen können allerdings unterschiedlich sein. Wie im Bericht schon festgestellt wurde, sind manche geneigt, das Umgestaltungsniveau nur nach der Spannung und Schärfe der Diskussionen bzw. nach dem emotionalen Aufschwung des gesellschaftlichen Bewußtseins zu bewerten. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals unterstreichen: Das Hauptkriterium in der Gegenwartsetappe ist die Erreichung praktischer Leistungen und konkreter Fortschritte an jedem Arbeitsabschnitt. Daher gilt es, alle Bemühungen auch fernerhin auf die Gewährleistung einer sachlichen und konstruktiven Tätigkeit zu konzentrieren und die Versuche von allerlei Demagogien, die Menschen von der Lösung der vordringlichen Aufgaben abzubringen, unschädlich zu machen. Man darf es nicht soweit kommen lassen, daß die Energie der Umgestaltung sich in nutzlosen Gerede ausschöpft.

Die Reformen des politischen Systems und der Wirtschaft, die von der Partei verwirklicht werden, sowie der Kurs auf Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, der beharrlich gesteuert wird, sind eine feste Grundlage für die Harmonisierung der Beziehungen zwischen den Völkern und Republiken, zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Wir alle spüren gut, daß es jetzt viel einfacher ist, nationale Fragen zu lösen, wenn sie sich auf eine gehörige ökonomische Basis stützen, wenn sie in aufrichtiger, offener, höflicher

und wahrhaft demokratischer Atmosphäre erörtert werden. Die Parteikräfte der Republik haben sich Mühe gegeben, um die entsprechenden Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die aktuellsten Probleme bei der Öffentlichkeit den entsprechenden Anklängen finden und von den meisten Menschen unterstützt werden. Im Laufe der Vorbereitung des Plenums des ZK der KPdSU über nationale Fragen sind zuständige Kommissionen gebildet worden, die sich mit der Ausarbeitung des Status der Republik bzw. des Herangehens an die Realisierung wichtiger sozialökonomischer sowie sprachlicher Probleme befassen. Ihre Tätigkeit wird in der Republikpresse ständig beleuchtet.

Heute kann man mit allem Grund sagen, daß es im Rahmen einer solchen ruhigen und sachlichen Aussprache gelungen ist, ausgewogene akzeptable Entscheidungen zu treffen, die die Interessen der multinationalen Bevölkerung Kasachstans höchstmöglich berücksichtigen. Ich möchte nochmals auf die Fragen eingehen, die mit der Einstellung zum Sprachproblem verbunden sind, da sie eine besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenkt.

Schon jetzt ist es ganz unbestreitbar, daß die absolute Mehrheit der Bevölkerung in der Republik einmütig für die Verleihung des Status der Staatlichkeit der kasachischen Sprache eintritt. Allgemeine Unterstützung des Volkes erhielt zugleich auch der in Kasachstan genommene Kurs auf die größtmögliche Durchsetzung der Zweisprachigkeit. Anders gesagt, die öffentliche Meinung tritt dafür ein, daß beide Sprachen — Kasachisch und Russisch — den staatlichen Status erhalten, wobei zugleich die freie Entwicklung der Sprachen ausnahmslos aller Nationen und Völkerschaften, die in unserer multinationalen Republik leben, gewährt wird. Ich glaube, solche eine Lösung der Frage wird die gerechteste sein und den wichtigsten sozialen und geistigen Belangen der Völker am meisten entsprechen.

Die Linie auf die kasachisch-russische und die russisch-kasachische Zweisprachigkeit gewinnt immer mehr Anhänger während der Erörterung des Sprachproblems in verschiedenen Organisationen und Produktionskollektiven. Diese Diskussion muß fortgesetzt werden, um bis zur Annahme eines endgültigen Beschlusses verfassungsmäßig die Bestimmung über den Status der staatlichen Zweisprachigkeit sowie über den Funktionsbereich und die Entwicklung der Sprachen anderer auf dem Territorium Kasachstans lebender Völker auszuarbeiten. Es ist notwendig, daß alle zutiefst einsehen: Die heute vorgeschlagene Variante erfordert große Arbeit sowohl hinsichtlich ihrer weitgehenden Erörterung als auch hinsichtlich der Einbringung von Korrekturen und Präzisierungen verschiedener Art, um vollständig gegen beliebige Fehlschläge und Fehler geschützt zu sein.

Ich möchte auch auf folgendes Moment verweisen: Da die kasachische Sprache zweifellos Staatsprache werden wird, müssen wir schon heute, ohne den offiziellen Beschluß abzuwarten, diesbezüglich die nötige Arbeit entfalten. Es wäre ein großer Fehler, anzunehmen, daß allein die Tatsache der Verleihung des staatlichen Status automatisch sämtliche Schwierigkeiten aus dem Entwicklungsweg der Sprache räumen wird. Deshalb sind überall reale Schritte notwendig, gerichtet auf die Durchsetzung der kasachischen Sprache in der Geschäftsführung, in der öffentlichen und Arbeitstätigkeit, in Wissenschaft und Kultur — in allen Bereichen, wo sie vorläufig keine gehörige Verbreitung gefunden hat. Gleiche Rechte für die kasachische und die russische Sprache auf Staatlichkeit anerkennend, gilt es, ungeachtet dessen ein entsprechendes System von Maßnahmen auszuarbeiten, das in erster Linie die Fürsorge

gerade für die kasachische Sprache als eine Sprache vorsehen würde, die dieses System am meisten benötigt.

Gegenwärtig erfolgt die Geschäftsführung in 36 unserer Rayons in Kasachisch. In allen anderen Rayons, Städten, Gebieten und Republikorganisationen — in Russisch. Es wird die Aufgabe gestellt: Jeder Rayon, jede Stadt und jedes Gebiet, die sich auf die Geschäftsführung in Kasachisch vorbereitet haben, müssen diese Frage mit den höherstehenden Partei- und Staatsorganen koordinieren und unverzüglich zur Sache übergehen. Natürlich ist es wichtig, dabei keine Übertreibungen zuzulassen, was leider nicht selten vorkommt. Wie verstehen denn heute viele den Übergang der Geschäftsführung auf Kasachisch? Die einen meinen, man müsse überhaupt keine Dokumente mehr in Russisch verfassen. Die anderen — wenn es schon um die Durchsetzung der Zweisprachigkeit geht — sind bereit, diese sowohl in Russisch als auch in Kasachisch zu drucken und so Berge überflüssiger Papiere zu produzieren.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans ist zur Geschäftsführung in zwei Sprachen bereits übergegangen, und ich hoffe, daß unsere Erfahrungen von Nutzen sein werden. Wir haben fast 250 Mitglieder und Kandidaten des ZK, 33 von ihnen wünschen sich Dokumente in Kasachisch, die anderen — in Russisch. Von diesem Bedarf ausgehend, bereitet die Abteilung für allgemeine Fragen des ZK der Kommunistischen Partei ihre Materialien vor. Es ist sehr erfreulich, daß die Zahl derjenigen, die in Kasachisch lesen möchten, wächst; unsere Genossen reagieren aufmerksam darauf und korrigieren dementsprechend ihre Arbeit. Infolgedessen gibt es keine überflüssigen Papiere, der Bedarf wird ohne Übertreibungen und Rückversicherungen befriedigt. Ich lasse durchaus zu, daß die Praxis der zweisprachigen Geschäftsführung uns auch auf andere akzeptable Varianten bringen wird. Hauptsache, man soll mit dieser wichtigen Sache, ohne sie auf die lange Bank zu schieben, beginnen.

Es wäre wünschenswert, daß die Geschäftsführung in Kasachisch nicht durch Diktat und Druck „von oben“ eingeführt werde, Hlerbel sind nicht die Initiative der Leiter, sondern der breiten Massen und wahre demokratische Herangehensweisen notwendig, die auf dem wahren Bedarf der Bevölkerung der jeweiligen Region beruhen.

Es müssen Voraussetzungen auch für die Durchsetzung des Prinzips der freiwilligen Wahl der Sprache geschaffen werden. Damit jeder Mensch bei verschiedenen Arten von Massenveranstaltungen sich derjenigen Sprache bedienen kann, die ihm geäußert ist, muß die Simultandübersetzung gewährleistet werden. Ab jetzt ist solche eine Übersetzung im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans gesichert worden, übrigens vorläufig aus dem Russischen ins Kasachische und aus dem Kasachischen ins Russische. Künftig werden wir die Zahl der Sprachen unbedingt erweitern.

Wo sind aber noch ähnliche Bedingungen geschaffen? Selbst auf der gestrigen Tagung des Obersten Sowjets der Republik wurde nur russisch gesprochen. Auf der vorigen Tagung war versucht worden, Simultandübersetzung zu organisieren, doch es hatte sich herausgestellt, daß dies nur möglich ist, wenn die Reden im voraus übersetzt sind. Gegenwärtig aber ziehen es immer mehr Redner vor, ohne Vorlage, frei zu sprechen, ohne Vorgefertigte Rede beengt zu fühlen. So kommt es dann, daß die Rechte der Menschen wegen solcher einer Initiativlosigkeit ernsthaft eingeschränkt werden und die Kultur der zweiseitigen Verständigung vernachlässigt wird. Wie soll man sich nicht an den

bekanntem Beschluß des Büros des ZK darüber erinnern, daß der führende Leiter einer beliebigen Organisation bzw. eines Arbeitskollektivs die Verantwortung für den Stand und das Niveau der zweiseitigen Beziehungen trägt. Und wenn es in dieser Hinsicht noch ungelöste Probleme gibt, so muß gerade er in erster Linie die Verantwortung für die Verletzung der Prinzipien der Leninschen Nationalitätenpolitik tragen. Daher die Schlußfolgerung: Es ist Zeit, die führenden Leiter für die Organisation der internationalistischen Erziehung, darunter auch für die Absicherung ihrer materiellen Basis in höherem Maße verantwortlich zu machen. Denn die Heranbildung von Schreibkräften, die qualifiziert auf Kasachisch tippen können sowie der Erwerb von Schreibmaschinen mit kasachischen Typen und die Organisation der Simultandübersetzung — das alles sind unentbehrliche Komponenten der praktischen Realisierung der Zweisprachigkeit, die ihrerseits ein wichtiger Bestandteil der Anerkennung internationalistischer Gefühle ist.

Vom Prinzip der freiwilligen Wahl der jeweiligen Sprache ausgehend, wird gemeint, daß ein jeder in Kasachstan lebende Bürger ein inneres Bedürfnis haben muß, die Sprache des Volkes zu erlernen, das der Republik ihren Namen gegeben hat. Die Durchsetzung der staatlichen Zweisprachigkeit erfordert die Lösung auch vieler anderer Fragen.

Ich möchte auch hervorheben, daß wir nicht selten mit Fakten zu tun haben, wo das Eintreten für das vollblütige Bestehen der kasachischen Muttersprache sich lediglich auf theoretische Vorsätze beschränkt und sich nicht in konkrete Taten — transformiert. Der blinde Glaube an die Kraft des Gesetzes hat zum Beispiel auch die Gruppe von Sprachwissenschaftlern jüngst veranlaßt, an das ZK einen Brief zu schreiben, in dem sie die Notwendigkeit begründet, der kasachischen Sprache einen staatlichen Status zu verleihen. Dabei ist folgendes verwunderlich: Im Brief gibt es keine einzige Zeile darüber, wie das Niveau der Sprache praktisch zu heben, wie der Bereich ihrer Anwendung zu erweitern wäre. Dabei hätten die Wissenschaftler, die sich eben mit diesen Problemen befassen, diesbezüglich erschöpfende Empfehlungen geben können.

Viele betonen heute sehr richtig, daß die meisten Kasachen zwei Sprachen beherrschen, während unter der russischen Bevölkerung die Beherrschung der kasachischen Sprache eine Seltenheit ist. Dem ist wirklich so. Wie wäre aber den Russen zur Beherrschung des Kasachischen zu verhelfen? Und dabei muß die Sprache in kurzer Frist erlernt werden.

Es muß anerkannt werden, daß in den letzten zwei Jahren bereits einiges geleistet wurde, aber eben nur „einiges“. Die in der letzten Zeit edierten Lehrbücher, Sprachführer und methodischen Entwicklungen für die kasachische Sprache stehen unter jeglicher Kritik. In der Regel sind dies gewissenhaft ins Russische übersetzte Lehrbücher für kasachische Schulen. Sie eignen sich selbstverständlich nicht für die russischsprechende Bevölkerung. Ich rede schon gar nicht von der Qualität der herausgegebenen Sprachführer. Ich habe mich davon aus eigener Erfahrung überzeugt: Mit ihrer Hilfe läßt sich unmöglich eine zusammenhängende Unterhaltung aufbauen, denn die ihnen zugrunde liegende Methodik ist formell und entspricht keinesfalls den Tagesforderungen.

Dasselbe läßt sich auch über das Programm des Erlernens der kasachischen Sprache in der russischsprachigen Schule sagen. Es ist keinesfalls besser, viel eher bedeutend schlechter aufgestellt als die Programme für den Fremdsprachenunterricht.

(Schluß S.2)

## Begegnung M. S. Gorbatschows mit A. Cunhal

M. S. Gorbatschow und die Sekretäre des ZK der KPdSU W. A. Medwedew und A. N. Jakowlew sind am Montag mit dem Generalsekretär des ZK der Portugiesischen Kommunistischen Partei, Alvaro Cunhal, zu einem Gespräch zusammengetroffen. A. Cunhal wollte zu einer ärztlichen Behandlung in der Sowjetunion und reist dieser Tage wieder in die Heimat zurück.

M. S. Gorbatschow, der die Arbeit an seinem Referat vor dem bevorstehenden Plenum des ZK der KPdSU abschließt, be-

richtete über die Grundideen der Agrarpolitik der neuen Phase, einer Politik, die nicht nur für die Landwirtschaft und die ganze sozialökonomische Entwicklung des Landes, sondern auch für die Konzeption der weiteren Entwicklung des Sozialismus von kardinaler Bedeutung sein wird. Die Gesprächspartner tauschten kurz ihre Meinungen zu der gegenwärtigen internationalen Situation aus, berührten einige Fragen der Beziehungen zwischen der KPdSU und der PKP und lenkten die Aufmerksamkeit auf

eine gewisse Verlagerung der Akzente in der westlichen Propaganda. Sie stellten fest, daß seitens bestimmter Kreise düstere Prognosen hinsichtlich der Umgestaltung zu dem unverkennbaren Zweck angestellt werden, positive Veränderungen auf dem internationalen Schauplatz und ein Anwachsen der Verständigung in der Völkergemeinschaft zu verhindern. Hervorgehoben wurde, insbesondere in dieser äußerst wichtigen Umbruchzeit, die Bedeutung

einer präzisen und kompetenten Information über die Prozesse in der Sowjetunion, über die Beschlüsse ihrer Führung, die richtige Einschätzung ihres sozialistischen Wesens und des Beitrags der Umgestaltung zum gesamten menschlichen Fortschritt und zur Gestaltung einer neuen Friedensordnung in der Welt. M. S. Gorbatschow wünschte A. Cunhal vollständige Genesung und bat ihn, den portugiesischen Kommunisten die unveränderten Gefühle der Sympathie und der Freundschaft ihrer sowjetischen Genossen zu überbringen.

(TASS)

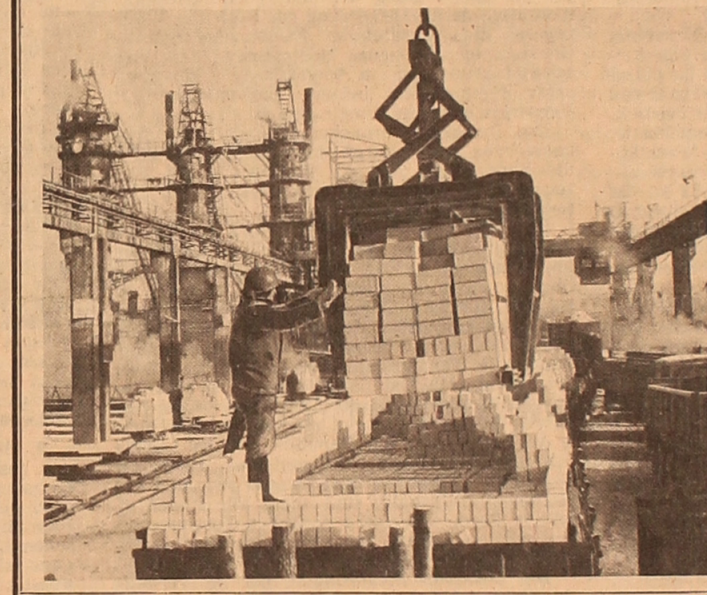


## Für die Baubjekte der Republik

Die Produktionsvereinigung für Wandbaumaterialien von Sémipalatinsk, die sich auf den Ausstoß von Silikat- und Mauerziegeln spezialisiert, liefert sie an viele Orte der Republik. Der Betrieb arbeitet das zweite Jahr mit voller wirtschaftlicher Rechnungsführung und Selbstfinanzierung und hat seine Vertragspflichten im vorigen Jahr hundertprozentig erfüllt. An die Konsumenten sind 188 Millionen Silikat- und Mauerziegel abgefertigt worden. Bei gutem Gleichmaß in der Arbeit bucht die

Vereinigung jährlich rund 1 Million Rubel Gewinn. Unsere Bilder: Sämtliche technologische Taktstraßen der Produktionsabteilung Nr. 2, die im vorigen Jahr ihre projektierte Leistung erreicht hat, werden vom Pult aus gesteuert. Alle Prozesse von der Rohstoffzuführung bis zur Auslieferung der Fertigerzeugnisse — der Silikatziegel — sind hier mechanisiert. Meisterin G. Botowa am Steuerpult. Abfertigung der Silikatziegel an die Verbraucher.

Fotos: KasTAG



## Deputierte gewählt

Zehn angesehene Bühnenkünstler sind zu den Volksdeputierten der UdSSR vom Verband der Theaterschaffenden der UdSSR gewählt worden. Sie wurden auf einem Plenum des Verbandes in einer Geheimabstimmung mit einer Stimmenmehrheit gewählt.

Die gewählten Deputierten sind: Der Schauspieler Kirill Lawrow, Vorsitzender des Verbandes der Theaterschaffenden, die Regisseure Oleg Jefremow, Mark Sacharow und Boris Pokrowski aus Moskau, Choren Abramjan aus Jerewan, Veniamin Apostol aus Kischinjew, Aserbaidshan Mambetow aus Alma-Ata und Tejmur Tschelcheldse (Tbilissi), die Ballettänzerin Bernara Karljewa aus Taschkent und der Schauspieler Regimantas Adomaitis aus Vilnius.

Nach der Annahme des neuen Wahlgesetzes wurde der Verband der Theaterschaffenden der UdSSR, wie auch die anderen gesellschaftlichen Organisationen

des Landes, erstmals berechtigt, seine Volksdeputierten zu wählen. Dem Plenum ging eine zweimonatige Wahlkampagne voraus, die in einer demokratischen Atmosphäre und in lebhaften Diskussionen verlief.

Bereits Anfang dieses Jahres hatten die regionalen Organisationen der Theaterschaffenden über 50 Kandidaten für die Deputiertenmandate nominiert. Nach dem vorangegangenen Plenum des Verbandes der Theaterschaffenden im Januar waren nur zwölf von ihnen auf der Kandidatenliste geblieben. Sie alle hatten die Möglichkeit, Reisen durch alle Unionsrepubliken zu unternehmen sowie sich in der Presse, im Rundfunk und Fernsehen zu äußern.

Überraschenderweise konnten der georgische Regisseur Robert Sturua und der Moskauer Dramatiker Michail Schatrow, die zu den Kandidaten gehörten, nicht

die notwendige Stimmenzahl sammeln.

Am selben Tag wurde der Auftrag des Verbandes an die Volksdeputierten verlesen. Sie werden aufgerufen, an der Realisierung der politischen und der wirtschaftlichen Reformen sowie an der Ausarbeitung grundlegender Beschlüsse aktiv teilzunehmen, die die ersten Ergebnisse der Umgestaltung der Gesellschaft in allen deren Sphären verankern werden. Das Hauptziel ihrer praktischen Tätigkeit muß der Mensch, sein materielles Wohl und die Befriedigung seiner geistigen Bedürfnisse sein.

Etwas unerwartet fielen die Ergebnisse der geheimen Abstimmung zur Wahl der Volksdeputierten vom Sowjetischen Friedensfonds und acht gesell-

(Schluß S. 3)

## 100 Zeilen über eine Binsenwahrheit

### Unsere Kanzleien

Ins Oberste Gericht der Kasachischen SSR kam ich zehn Minuten vor der Sitzung des Kollegiums. Hier wollte ich mich mit dem Rechtsanwaltschaft über die Angelegenheit unterhalten, in der man sich an die Redaktion gewandt hatte.

Ich stieg in den zweiten Stock und wandelte — in Erwartung des Gesprächspartners — durch den langen Gang, wo es nicht einmal eine Sitzgelegenheit gab. Nur am Ende des Ganges, gegenüber dem Damenloiset, stand am Fenster ein wackeliger Tisch und ein nicht minder wackeliger Stuhl. Doch hatten zwei behäbige Männer diese Ecke vor mir „okkupiert“, und man mußte sich nur wundern, wie sie so auf dem Stuhl und dem Tisch thronen konnten.

„Als die Verhandlung zu Ende war, bat das den Vorsitz führende Mitglied des Obersten Gerichts den Rechtsanwaltschaft, den Staatsanwalt und mich, so lange auf dem Gang zu warten, bis

das Urteil gefällt war. Wir gingen in die Ecke mit dem wackeligen Tisch und Stuhl, die nun nicht besetzt waren. Da wandte ich mich an den Rechtsanwaltschaft, mit dem ich schon einige Zeit bekannt war:

„Eine so wichtige Behörde, aber keine Sitzgelegenheiten auf die sich die Besucher niederlassen können. Gäbe es wenigstens ein paar ordentliche Stühle...“ Der Anwalt nickte nur zustimmend, der Staatsanwalt aber — eine Frau — sagte: „Ich habe hier oft zu tun. Da schlägt man die Akte auf und weiß nicht, wo man sich hinsetzen kann, um sie zu studieren. Mitnehmen darf man sie doch nicht. Manchmal setzt man sich an einen Tisch im Büro, doch dann kommt dessen Herr heran... Kann man unter solchen Bedingungen eine Arbeit gut verrichten?“

Dabei aber, und das dürfte jedem Leser bekannt sein, wirkt sich die Arbeit des Rechts, des Staatsanwaltes und des Richters

wie keine andere unmittelbar auf den Menschen aus.

Besuchen Sie, lieber Leser, einmal die Staatsanwaltschaft der Republik, der Stadt oder eines beliebigen Rayons. Ob nicht auch da solche Tische und Stühle stehen? Die Besucher dieser Dienststellen sitzen in Erwartung der Sprechstunde ihre Wände ab.

Haben Sie vielleicht die Tische gesehen, die im Notariat stehen? Wie abgeschatzt und verkratzelt sie sind! Was für Abblüden im avantgardistischen Geist sie führen!

Wir schaffen heute einen Rechtsstaat und eine Gesellschaft, in der das Gesetz und nur das Gesetz walten wird. Können wir aber dieses Ziel erreichen, wenn wir unseren Bürgern nicht Achtung gegenüber staatlichen Einrichtungen anerkennen? Nicht Angst, wie es in früheren Zeiten war, sondern tiefe Achtung soll es sein.

Wie das Theater mit der Garderobe beginnt, so beginnt auch eine staatliche Einrichtung mit der Ausstattung ihrer Räume, damit, wie die Besucher empfangen werden. Denn sonst beurteilen sie diese Einrichtung nach ihren wackeligen Stühlen...

Woldemar STORZ



Beschluß des XIV. Plenums des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Über die organisatorische Arbeit der Republikparteiorganisation bei der Verwirklichung der Beschlüsse der XIX. Unionskonferenz der KPdSU

Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans stellt fest, daß nach der XIX. Unionskonferenz der KPdSU die gesamte organisatorische und politische Tätigkeit der Republikparteiorganisation auf die praktische Realisierung ihrer Beschlüsse zur Vertiefung der Umgestaltung, zur Verwirklichung der Reform des politischen Systems, der Demokratisierung des öffentlichen Lebens, zur Durchführung der radikalen Wirtschaftsreform, zur Hebung der Rolle und Autorität der Parteiorgane und -organisationen, zur Behauptung der politischen Leitungsmethoden in ihrer Tätigkeit gezielte war.

Ihre konkreten Verkörperungen haben die Beschlüsse der XIX. Unionsparteiorganisation im Laufe der Berichtswahl-Parteierversammlungen und -Konferenzen sowie bei der Vorbereitung der Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR gefunden. Sie haben zur Gewinnung der Werkzeuge für eine aktive Lösung aktueller Probleme der Umgestaltung beigetragen.

Die erstarrenden Umgestaltungsprozesse erfassen alle Bereiche des gesellschaftspolitischen und ökonomischen Lebens Kasachstans. Mit dem Übergang der Volkswirtschaftszweige zur wirtschaftlichen Rechnungslegung und zur Selbstfinanzierung entwickelt sich die Ökonomik jetzt dynamischer. Das Wachstumstempo des Nationaleinkommens und der Arbeitsproduktivität in der Industrie ist gestiegen.

Positive Wandlungen haben sich bei der Lösung sozialer Aufgaben abgezeichnet. Im Laufe der Realisierung des Programms „Wohnungsbau 91“ sind die Lebensbedingungen von mehr als 393 000 Familien verbessert worden, was die Warteliste um 41 Prozent verringert hat. Die Aufgaben bei der Übergabe von Schulen, Kindergärten und Kultureinrichtungen werden erfüllt.

Positive Änderungen vollziehen sich auch im Agrar-Industrie-Komplex. Der Produktionszuwachs hat sich um 16 Prozent vergrößert, in den drei Jahren ist Produktion im Werte von mehr als 2 Milliarden Rubel über das Plansoll hinaus erzeugt worden. Dank dem ist es gelungen, den Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Republikdurchschnitt um 9 Kilogramm und von Milch um 3 Kilogramm zu vergrößern. Die neuen Methoden des Wirtschaftens erstarren. Allorts werden Bedingungen zur weitgehenden Einführung des Pacht- und des Familienvertrags, der Kooperation und anderer fortschrittlicher Formen der Arbeitsorganisation und -stimulierung geschaffen.

Die Produktion von Konsumgütern ist auf 1,2fache und die Reallochkünfte der Bevölkerung sind um 9,2 Prozent angewachsen. Der Stil der Parteileitung vervollkommnet sich. Es hat sich der Übergang von den wertschöpfenden Leitungsmethoden zu politisch-organisatorischen, realisiert werden Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität der Parteiarbeit, zur Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, zur Festigung der Kontakte mit den Werktätigen, zur Hebung der Rolle der Parteiorganisationen und des gewählten Aktivs. Es ist die Reorganisation der Struktur der Parteiorgane durchgeführt worden, die Zusammensetzung der leitenden Kader hat sich wesentlich erneuert, allorts setzen sich die Leninschen Normen des Parteilebens durch.

Zugleich ist das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans der Ansicht, daß es der Republikparteiorganisation vorläufig noch nicht gelungen ist, in vielen wichtigen von der XIX. Unionsparteiorganisation vorgesehenen Umgestaltungsrichtungen eine entscheidende Wende herbeizuführen.

Die Ökonomik entwickelt sich nach wie vor extensiv. Das erzielte Tempo des Zuwachses des Nationaleinkommens ist nur halb so hoch wie geplant. Der Aufwand bei der Erzeugung von Bruttoproduct überflügelt ihren mengenmäßigen Zuwachs. Nur ein Sechstel der gemäßigten Technologien ist abfalllos. Nicht überwunden ist der Rückstand beim Bau von Kapazitäten der Verarbeitungszweige und der Konsumgüterproduktion.

Die Struktur der Volkswirtschaft wird uneffektiv umgestaltet. Das System des Zusammenwirkens der zweigebundenen und territorialen Leitung ist nicht abgeregt. Die Bildung der planwirtschaftlichen Hauptverwaltungen zieht sich in die Länge. Es werden keine effektiven Maßnahmen für die Schaffung einer zuverlässigen Grundlage zur Selbstfinanzierung und regionalen wirtschaftlichen Rechnungslegung ergriffen.

Kein einziges Gebiet der Republik hat die im Lebensmittelprogramm gesteckten Ziele erreicht und die Forderungen der XIX. Parteiorganisation über eine wesentliche Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, über die raschere und stabile Vergrößerung ihrer Produktion erfüllt.

Die Verzerrungen im sozialen Bereich bleiben weiterbestehen. Nicht in allen Rayons und Gebieten werden die Pläne des Baus von Sozial- und Kultureinrichtungen erfüllt. Die Kapazitäten des Baukomplexes der Republik entsprechen nicht dem wachsenden Bedarf. Die Grundlände des Bauwesens sind äußerst schwach rekonstruiert. Die verwerfliche Praxis der Zersplitterung der Mittel auf zahlreiche Bauvorhaben dauert an, das Volumen unvollendeter Bauproduktion verringert sich nicht. Die Finanzierung bleibt kompliziert, die zahlungsfähige Nachfrage der Bevölkerung wird nicht durch den Zuwachs der Industrie- und landwirtschaftlichen Produktion sowie der Dienstleistungen untermauert, die Spannung auf dem Verbrauchermarkt flaut nicht ab.

Viele Parteikomitees, Volksdeputiertensowjets und Wirtschaftsleiter nehmen noch keinen wahren Anteil an der Umgestaltung, zeigen nicht die nötige Initiative bei der Suche nach effektiven Verfahren zur schnelleren Lösung von aktuellen Problemen. Ein Teil der Kader arbeitet nach wie vor schablonenhaft, auf alte Weise und behält die Neigung zum bürokratischen Kommando still bei.

Die Reform des politischen Systems wird nur langsam verwirklicht. Die Effektivität der eingeleiteten Maßnahmen zur Demokratisierung der Leitung der Volkswirtschaft ist gering. Der Leitungsapparat bleibt weiterhin sehr groß. In der Arbeit der Ministerien und zentralen staatlichen Behörden zeichnen sich keine wesentlichen Veränderungen ab. Lokaldiktat, das Diktat der zentralen Behörden, Eigenmächtigkeit sind nach wie vor verbreitet. Beim Kampf gegen Bürokratismus, gegen die Verletzung der Gesetze über die Betriebe, die Genossenschaften, über die Rechte der Arbeitskollektive, der Vereinigungen, die nach wirtschaftlicher Rechnungslegung arbeiten, ist man noch nicht zur Offensive übergegangen. Nur langsam werden die Vollmachten der Sowjets, ihr Einfluß auf die Entwicklung der Infrastruktur der Gebiete und Rayons durchgesetzt. Der Prozeß der Einschränkung der Funktionen der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane zieht sich ungerechtfertigt in die Länge. Fakten des Parallelismus in der Arbeit, der kleinen Überwachung der örtlichen Sowjets durch die Parteikomitees, unbegründeter Einmischung in deren Tätigkeit kommen weiterhin vor.

Manche Parteikomitees verwirklichen nur mangelhaft die Zielsetzungen der XIX. Parteiorganisation über den Übergang zu politischen Leitungsmethoden, sorgen sich nicht ausreichend um die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie, um die Steigerung der Rolle der Wahlorgane, die Autorität der Parteiorganisationen unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung, um die Anerkennung kämpferischer Eigenschaften jedem Kommunisten zur Verwirklichung der Umgestaltung.

Der Demokratisierungsprozeß hat die Aufnahme von neuen Mitgliedern in die KPdSU, die Kaderpolitik und die Formierung des Parteiapparates noch nicht in ausreichendem Umfang verändert. Die Rolle und das Verantwortungsbewußtsein der Kommunisten, die in den Gewerkschaften, im Komsomol und in anderen Massenorganisationen sowie in den schöpferischen Verbänden tätig sind, steigen nur ungenügend an.

Es gibt ernsthafte Mängel bei der Ausbildung und Erziehung der heranwachsenden Generation. Nicht alle Parteiorganisationen sind sich ihrer Avantgarde-Rolle bei der Lösung so aktueller Fragen bewußt geworden, wie dem Umweltschutz, dem tiefgründigen Studium der Geschichte des Landes und der Republik, bei der Lösung von Sprach- und anderen Problemen, die in der Resolution „Über die Beziehungen zwischen den Nationen“ aufgezählt sind, nicht alle finden effektive Formen der schöpferischen Zusammenarbeit mit aus eigener Initiative wirkenden gesellschaftlichen Formationen.

Die positiven Erfahrungen, die im Verlaufe der Umgestaltung von vielen Grund-, Rayon- und Stadtparteiorganisationen gemacht wurden, werden zu wenig studiert, verallgemeinert und ausgewertet. Einige Parteikomitees nutzen die Kräfte der Presse und der anderen Massenmedien zu wenig zur Lösung von Aufgaben der Umgestaltung.

Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans beschließt:

1. Das Büro, die Kommissionen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, die Gebietsparteiorgane, die Stadtparteiorgane, die Rayonparteiorgane und die Parteiorganisationen müssen die organisatorische und politische Arbeit zur Erfüllung der Beschlüsse der XIX. Unionsparteiorganisation und der nachfolgenden Plenartagungen des ZK der KPdSU verstärken. Sie müssen eine entscheidende Hinwendung zur Demokratisierung des innerparteilichen Le-

bens gewährleisten, mit der kleinteiligen Reglementierung der Tätigkeit der untergeordneten Parteiorganisationen Schluß machen. In vollem Umfang muß die Leninsche Auffassung des demokratischen Zentralismus wiederhergestellt werden, in jeder Parteiorganisation muß eine Atmosphäre der Offenheit, der Kritik und Selbstkritik, wahren Kollektivistes und der Parteilichkeit herrschen.

Die Rolle und Bedeutung der gewählten Parteiorgane als der bevollmächtigten Vertreter der Kommunisten muß angehoben werden. Es gilt, das Verantwortungsbewußtsein der Mitglieder der Parteikomitees für die Erarbeitung und Realisierung der kollektiven Beschlüsse zu steigern, ihre Rechenschaftsberichte regelmäßig auf den Plenar tagungen, im Büro, in den Parteiorganisationen entgegenzunehmen und das Recht der vorzeitigen Abberufung von Wahlfunktionen bei Nichterfüllung von Dienstpflichten breiter zu nutzen. Das Prinzip der strengen Unterordnung und Rechenschaftspflicht des Parteiapparates gegenüber den gewählten Parteiorganen ist strikt einzuhalten, Kader dürfen nur mit den entsprechenden Empfehlungen der Parteiorganisationen in den Apparat berufen werden.

2. Die Demokratisierung des Wahlprozesses in den Parteiorganisationen ist allseitig zu entwickeln. Auf der Basis breiter Offenheit, der Berücksichtigung der gesellschaftlichen Meinung muß das formale Nomenklaturverfahren der Auswahl und Verteilung der Kader beseitigt werden. Grundlegend für die Arbeit der Parteikomitees auf diesem Gebiet muß die Schaffung einer zuverlässigen Reserve, die Ausbildung und Umqualifizierung der Mitarbeiter, ihre Erziehung in Hinblick auf die möglichen Empfehlungen zu leitenden Posten auf Wettbewerbsgrundlage sein, wobei die vollständige Vertretenschaft aller sozialen Schichten und Nationalitäten zu gewährleisten ist.

Die Gebiets-, Stadt- und Rayonparteiorgane sowie die Parteiorganisationen müssen das demokratische Prinzip der Auswahl für die Partei strikt einhalten und die Vorerörterung der Anträge über die Aufnahme in die KPdSU in Versammlungen der Arbeitskollektive und in offenen Parteiversammlungen üben. Die Anforderungen an die Parteimitglieder und deren Verantwortung für die Objektivität der Empfehlungen sowie, für die beständige und allseitige Hilfe jungen Kommunisten während ihrer Kandidatur sind zu heben. Es gilt, beharrlich politische Arbeit unter den Parteilos zu leisten und die aktivsten Verfechter der Umgestaltung aus der Mitte der Arbeiter, der Jugend und der Frauen für die KPdSU zu gewinnen; die Rolle der Parteigruppen in außerparteilichen Organisationen und der dort tätigen Kommunisten zu heben.

Der Schwerpunkt der gesamten Arbeit ist auf die Überprüfung der tatsächlichen Erfüllung der Beschlüsse und der politischen Leitsätze der XIX. Unionsparteiorganisation zu verlagern. Den Leninschen Stil und die Leninschen Methoden durchsetzend, ist es notwendig, die eingeleitete Arbeit zur Sanierung der Situation in der Republik fortzusetzen, wie eine entscheidende Abfuhr den Offenbarungen von Bürokratismus und Konservatismus, dem Mißbrauch dienstlicher Befugnisse zu erteilen. Es gilt, unter den Bedingungen einer weiteren Demokratisierung der Tätigkeit der Partei und ihres innerparteilichen Lebens davon auszugehen, daß keine einzige Parteiorganisation und kein einziger Parteiarbeiter außerhalb ihrer Kontrolle bleiben dürfen.

3. Die Kommission für staatsrechtliche Fragen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans muß die Hauptrichtungen und Prinzipien der Entwicklung der Rechtspolitik in der Republik festlegen. Die Formen der parteipolitischen Leitung der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane sind zu vervollkommen, es ist eine grundsätzliche Festlegung der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung, des Schutzes der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu erreichen.

Die Parteiorganisationen haben allerorts die allgemeine juristische Schulpflicht als obligatorisches Element für die Schaffung eines Rechtsstaates einzuführen.

4. Die Parteikomitees und die ideologische Kommission des ZK haben ihre Tätigkeit in den Resolutionen der XIX. Unionsparteiorganisation dargelegten Zielen und Prioritäten unterzuordnen und sie in engem Zusammenhang mit dem Leben, unter Berücksichtigung der öffentlichen Meinung der Bevölkerung zu betreiben. Weitgehend anzuwenden ist die zukunftsorientierte und die laufende soziale Prognostizierung, Konservatismus, Dogmatismus, Buchstabenbelehrtheit und Formalismus in der wissenschaftlichen, Agitations- und Propagandaarbeit sind auszumerzen. Die Ausbildung und Umschulung

der ideologischen Kader ist effektiv zu gestalten.

Die Leitung der Presse, des Fernsehens und Rundfunks durch die Partei muß verbessert und ihre Möglichkeiten zur Propagierung und Durchsetzung der Ideen der Umgestaltung, zur Beleuchtung ihrer Erfahrungen, Schwierigkeiten und Probleme, der konkreten Wege ihrer Lösung müssen weitgehend genutzt werden. Die Verantwortung der in den Massenmedien arbeitenden Kommunisten für die ideologische Ausrichtung und Objektivität der veröffentlichten Materialien ist zu heben. Es gilt, die Offenheit als Grundlage der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft zu entfalten, den sozialistischen Meinungspluralismus zu behaupten, den Menschen das Vermögen anzuverleihen, offen öffentliche Dialoge zu führen, sowie die Kritik- und Dialogkultur zu entwickeln. Bei der ideologischen Arbeit sind strikt demokratische Methoden zu üben, das Herunkommardieren und Schulmeisterst, das Verbleiben und der kathegorische Ton in ihr sind auszumerzen.

Die Parteikomitees müssen die gesamte politische Massenarbeit auf die Herausbildung des sozialistischen gesellschaftlichen Bewußtseins, auf die Vervollkommnung der marxistisch-leninistischen Bildung lenken. Zu gewährleisten ist die aktive Teilnahme der Gesellschaftswissenschaftler und führenden Spezialisten der Volkswirtschaft an dieser Arbeit.

Die Rolle und die Verantwortung der Kommunisten als Leiter von Forschungsinstitutionen für die Ausarbeitung aktueller Probleme der Theorie und Praxis der gesellschaftlichen Entwicklung in der Gegenwartsetappe der Umgestaltung ist zu heben.

Die Formen und Methoden der patriotischen und internationalistischen Erziehung der Bevölkerung sind konsequent zu bereichern, die im Bereich der nationalen und zwischenationalen Beziehungen entstehenden Probleme sind rechtzeitig zu lösen. Es gilt, allorts die für die weitere Entfaltung der nicht-russisch-russischen Zweischprachigkeit nötigen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Umgestaltung des Hoch- und des Fachschulwesens, die Demokratisierung des gesamten Unterrichts- und Erziehungsprozesses ist fortzusetzen. Die Aktivität und die staatsbürgerliche Verantwortung der schöpferischen Intelligenz bei der geistigen und moralischen Bereicherung der Menschen ist zu steigern.

5. Die Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane der Republik haben die organisatorische, politische und Wirtschaftstätigkeit auf die konsequente Realisierung der Leitsätze der XIX. Unionskonferenz der KPdSU zur Verwirklichung der radikalen Wirtschaftsreform und Formung eines neuen Wirtschaftsmechanismus zu lenken.

Es ist notwendig, das Neuerertum in der Ökonomik und die Genossenschaftsbewegung beharrlich zu propagieren und zu entwickeln sowie die Pachtbeziehungen und andere fortschrittliche Formen des Wirtschaftens zu entfalten.

Als eine der Hauptaufgaben ist die Schaffung seiner Grundlage für den Übergang der Republik und der Gebiete zur Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung, die Umgestaltung der Struktur der Volkswirtschaft der Republik, die Überwindung ihrer Ausrichtung auf die Lieferung von Rohstoffressourcen, die Vergrößerung des Produktionsanteils der Verarbeitungs- und wissenschaftsintensiven Betriebe zu betrachten. Darauf muß die Investitionspolitik abzielen. Zu entfalten ist die Rekonstruktion und technische Umrüstung der Vereinigungen und Betriebe, die Rolle der Wissenschaft bei der Begründung der Prioritätsrichtungen der Entwicklung der Produktivkräfte der Republik ist unter Berücksichtigung der Arbeitstellung in der gesamten Union zu heben. Auszuarbeiten und zu realisieren sind Maßnahmen zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Der Zuwachs des Produktionsumfangs in der Industrie, im Bau- und im Verkehrswesen ist hauptsächlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Abzuschließen ist die Erfüllung der vertragsmäßigen Lieferpflichten gemäß den Staatsaufträgen und Direktbeziehungen.

Es gilt, für die Realisierung des Programms der finanziellen Sanierung der Volkswirtschaft und für die Liquidierung der Unwirtschaftlichkeit der Betriebe durch ihre Umstellung auf wirtschaftliche Rechnungslegung und ihre Übergabe in Pacht und an Kooperativen anzukämpfen.

6. Das Büro und die Abteilungen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, die Gebiets-, Stadt- und Rayonparteiorgane, die Parteigruppen und die Parteimitglieder müssen die Anstrengungen der Arbeitskollektive, der Staats-, Wirtschaftsorgane und Massenorganisationen, der Kommunisten und aller Werktätigen auf die Lösung der von der XIX. Unionsparteiorganisation gestellten vordringlichen Aufgaben der Beschleunigung

der sozialökonomischen Entwicklung konzentrieren.

Durch die umfassende Einführung des Pachtvertrags, der Farmerbewegung, Kooperation und der Agrar-Industrie-Integration ist der gesamte Getreideertrag im Jahresdurchschnitt auf 31,5 Millionen Tonnen zu bringen, die Produktion von Kartoffeln ist in den verbliebenen zwei Jahren gegenüber den Jahresdurchschnittlichen Kennziffern dieser Fünfjahrplanperiode um 13, von Gemüse um 28 Prozent und die Beschaffung von Grob- und Saftfutter um 20 Prozent zu vergrößern.

Zu gewährleisten ist ein organisierter Abschluß der Viehhüfervinterung. Die Produktion und der Verkauf von Fleisch und Milch ist um mindestens 5 Prozent gegenüber dem Stand des vorigen Jahres und deren Verbrauch entsprechend um 3 bis 4 Kilogramm zu vergrößern.

Der Umfang des Wohnungsbaus, darunter auch aus den Mitteln und Ressourcen der Werkstätten ist größtmöglich zu erweitern, letztere sind für die Renovierung von Wohnungen und die kommunale Einrichtung der Siedlungen zu gewinnen. Der Jahresplan bei der Wohnraumübergabe (8,5 Millionen Quadratmeter) ist zum 1. November 1989 zu erfüllen.

Als integrierender Bestandteil der sozialen Umorientierung der Wirtschaft ist die Vergrößerung der Produktion von Massenbedarfsgütern und die Erweiterung des Dienstleistungsbereichs zu betrachten. Die Parteikomitees müssen beharrlich die Organisationsarbeit bei der Gewinnung jedes Arbeitskollektivs zur Produktion von Waren für das Volk, besonders von komplizierter Haushaltstechnik, fortsetzen.

Die Produktion von Konsumgütern ist in diesem Jahr im Werte von 348 Millionen Rubel, die Leistung entgeltlicher Dienste in Höhe von 399 Millionen Rubel und die Erweiterung des Einzelhandelsumsatzes im Werte von 150 Millionen Rubel über die festgelegte Aufgabe der Fünfjahrplanperiode hinaus zu gewährleisten.

Die Parteikomitees, die Staats- und Wirtschaftsorgane müssen konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung der sozialen Umgestaltung des Dorfes bzw. zur Schaffung der entsprechenden Arbeits- und Lebensbedingungen für die Dorf-werkstätigen treffen und dazu umfassende Kräfte und Mittel der Industrie- und Baubetriebe heranziehen.

7. Die Arbeit zur Erhöhung der Rolle der Sowjets als mit allen Machtbefugnissen ausgestatteter Verwaltungsorgane in den ihnen unterstellten Territorien ist weiter zu beschleunigen. Zu entfalten ist die Vorbereitungsarbeit bei der Bildung von Präsidien der Sowjets, bei der Organisation der bevorstehenden Wahlen der Volksdeputierten der Kasachischen SSR und der Wahlen der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten.

Die Parteikomitees, alle Kommunisten sind verpflichtet, den Kampf gegen Bürokratismus und seine Erscheinungsformen in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu aktivieren; Fälle der Verletzungen sowjetischer Gesetze, der Schmälerung der Verfassungsrechte der Bürger und der Befugnisse der Arbeitskollektive unter neuen Produktionsverhältnissen prinzipiell zu bewerten; entschieden zu unterbinden sind die Versuche des Verwaltungsapparats, kleinliche Bevormundung zu üben, die Prozedur der Beschlußfassung ungerechtfertigt zu komplizieren und den Umfang der Rechenschaftslegung und der Informationsersfassung zu erweitern.

Sie haben strikt zu gewährleisten, daß die Reorganisation des Apparates zur gründlichen Verbesserung des Stils, der Methoden und der Funktionen der Leitung gemäß den in der Gesellschaft erfolgenden Wandlungen beiträgt; weitgehend die Formen der sozialistischen Selbstverwaltung zu entwickeln, die Werktätigen konsequent für die aktive Teilnahme an der staatlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit zu gewinnen, Voraussetzungen für die Ausübung einer wirksamen Kontrolle der Öffentlichkeit über die Arbeit des Apparates aller Ebenen sowie über die Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse zu schaffen; besondere Aufmerksamkeit der Organisation von Sprechstunden für die Bürger und der Prüfung ihrer Eingaben sowie systematischen Treffen der Leiter aller Ebenen mit Kommunisten und Arbeitskollektiven bzw. ihrer Berichterstattung über die Lösung der aktuellsten Probleme zu schenken.

Das Plenum bringt seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Parteiorganisationen der Republik alles daransetzen werden, um die Umgestaltung in praktisch allen Positionen voranzubringen und die von der XIX. Unionsparteiorganisation und den nachfolgenden Plenartagungen des ZK der KPdSU festgelegten Aufgaben erfolgreich zu verwirklichen.

Schlußwort G. W. Kolbins auf dem XIV. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

(Schluß)

Auf dem Treffen mit den Mitarbeitern des in der Republik gebildeten Zentrums für Propaganda der Leninschen Nationalitätenpolitik sprach ich über die Notwendigkeit einer operativen Vorbereitung der Empfehlungen für die Verbesserung des Erlernens der kasachischen Sprache in den Vorschulkindergarten und in den Mittelschulen der Republik. Eigentlich hatten wir vereinbart, daß diese Arbeit unverzüglich verrichtet werden wird. Ein Monat ist schon vorbei, doch diesbezügliche Vorschläge gibt es nicht. Ich glaube, mit solchen solchen Einstellung zur Sache, mit solch einem Herumdunkeln kommen wir nicht weit. Dabei geht es um die Schaffung eines Systems des Erlernens der Sprache, dessen eine Variante die Streichung aus dem Lehrprogramm für die 9. und 10. Klasse der Fremdsprachen sein könnte, um die freigeordneten Stunden dem gründlichen Erlernen der kasachischen Sprache zu widmen mit den darauffolgenden Prüfungen und der Eintragung der Note in das Reifezeugnis. Es können auch andere Vorschläge erörtert werden, jedoch mit der unbedingten Beteiligung der kompetenten Mitarbeiter der Volksbildungsorgane daran sowie mit der Heranziehung der besten wissenschaftlichen Kräfte der Re-

publik und des Landes an die Sache.

Mit einem Wort, man kann für die Entwicklung der kasachischen Sprache schon heute vieles tun, ohne auf die Verabschiedung gewisser Gesetzgebungsakte zu warten. Letzten Endes hängt die Frage nicht davon, sondern vom aufrichtigen Wunsch ab, nicht darauf zu warten, daß jemand die zugelassenen Mängel beseitigen werde, sondern selbst die Hemdsärmel aufzukrempeln und an die Sache praktisch zu gehen. Leider sind solche Bestrebungen unter den Wissenschaftlern und Fachleuten des Republikministeriums für Volksbildung, des Instituts für Sprachkunde der AdW der Kasachischen SSR sowie des Zentrums für Propaganda der Leninschen Nationalitätenpolitik noch nicht zu spüren.

Vor kurzem las ich eine kurze Information aus dem Gebiet Astrachan: „Die Zeitung „Sarja Kaspjja“, im Wolodarski-Rayon bringt jetzt eine Beilage in kasachischer Sprache heraus. Für die Herausgabe ähnlicher Beilagen bereitet man sich im Rayon Krasny Jar vor, wo ebenfalls viele Kasachen wohnen.“ Ich freute mich vom ganzen Herzen über diese Mitteilung und dankte unseren Astrachaner Nachbarn. Die gleichen Gefühle der Dankbarkeit hatte ich auch beim Lesen des Briefes Professor Sh. K. Kalymbetovs aus

Taschkent, in dem er ausführlich über die Maßnahmen berichtet, die in Usbekistan für die Erhaltung und Entwicklung der Sprache und Kultur der in der Republik wohnenden kasachischen Bevölkerung ergriffen werden.

Gewiß wird diesbezüglich auch bei uns nicht wenig geleistet, aber man muß es offen sagen, nicht das Bestmögliche. Es kommt sogar vor, daß wir die Schulbücher für usbekische Schülerbücher für usbekische Schüler aus der Nachbarrepublik nicht len aus der einführen können, geschweige denn die schönste Literatur in den Sprachen der Sowjetvölker. Man braucht nur Bedürfnisse erforschen und eine Bestellung machen. Wir vergessen immer wieder, daß gerade aus diesen scheinbaren Kleinigkeiten die konkrete Praxis der internationalistischen Erziehung besteht. Und gibt es in dieser wichtigsten Parteigelegenheit überhaupt Kleinigkeiten? Ich glaube, kaum.

Die nächste Frage, auf die ich eingehen möchte, ist der Wohnungsbau. Wie schon gesagt wurde, wird das Programm „Wohnungsbau 91“ im großen und ganzen bei uns gemäß dem geplanten Tempo realisiert. Was ruft aber Besorgnis hervor? Wir schätzen unsere Arbeit im allgemeinen, im Durchschnitt ein, daher auch die einigermaßen befriedigenden Ergebnisse. Analysiert man aber die Ergebnisse des Wohnungsbaus differenziert, so entsteht ein äußerst buntes Bild — die einen Gebiete, wie z. B. Kokschetaw, Taldy-Kurgan überbieten bedeutend ihre Planaufgaben, die anderen aber können nicht über das frühere niedrige Tempo hinauskommen. Diese Ungleichmäßigkeit sieht man auch beim Vergleich einiger Betriebe, von zentralen Staatsorganen und Organisationen.

Nicht umsonst kamen unter den Zurückbleibenden Gerüchte in Umlauf, daß die Normen bei der Wohnungszuweisung auch im nächsten Planjahr fünf die gleichen bleiben werden — sechs Quadratmeter je Person. Andererseits wäre das Wohnungsproblem nicht zu lösen. Gewisse Menschen sind nicht abgeneigt, diese Gerüchte zu unterstützen. Man munkelt auch, daß die Betriebe, die erfolgreich das Programm „Wohnungsbau 91“ lösen, gezwungen werden sollen, nach der Erfüllung ihrer Aufgaben den Zurückbleibenden zu helfen. Das alles ist müßiges Gerücht derjenigen, die noch nicht ihren Schmarotzerstandpunkten entsagt haben.

Man muß die Frage unter einem ganz anderen Gesichtswinkel aufwerfen, und zwar kühn mit der Vorbereitung des Wohnungsprogramms für das dreizehnte Planjahr fünf beginnen. Der XXVII. Parteitag hat dieses Programm bekanntlich für eine Periode bis zum Jahr 2000 umrissen, d. h. für die nächsten 15

Jahre. Gemäß den Bedingungen Kasachstans teilen wir es in drei Etappen ein — jede Fünfjahrplanperiode bekommt ihre Aufgabe. Wenn wir im zwölften Planjahr fünf die Aufgabe lösen, diejenige mit Wohnungen zu versorgen, bei denen auf jedes Familienmitglied weniger als 6 Quadratmeter entfallen und Wohnraum aus der Berechnung 9 Quadratmeter je Person zuweisen, so ist es im 13. Planjahr fünf wünschenswert denjenigen Wohnungen zuweisen, auf die weniger als 9 Quadratmeter entfallen, und ihnen entsprechend 12 Quadratmeter zuzuteilen.

Man muß natürlich alles peilend genau berechnen und reale Möglichkeiten in jedem Gebiet ermitteln. Ich gebe durchaus zu, daß man die besagten Zahlen in einigen Regionen ruhig erhöhen, in anderen aber vielleicht auch etwas herabsetzen kann. So oder anders muß man im Jahre 1989 genaue Berechnungen machen, zur Bildung neuer Wartelisten bereit sein und das entsprechende Tempo des weiteren Wohnungsbaus festlegen.

Die Warteliste bei der Wohnungsumlenkung in der 13. Fünfjahrplanperiode ist schon im Jahre 1990 aufzustellen. In den Kollektiven, wo das Programm „Wohnungsbau 91“ schon in diesem Jahr abgeschlossen sein wird, und solcher gibt es in der Republik übrigens mehrere, muß man schon jetzt mit der Bildung neuer Wartelisten beginnen.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Baukosten mit dem Übergang zu einer vollkommeneren Wohnungsplanung sowie mit der Verbesserung des Wohnkomforts und der Bauqualität steigen werden. Bei wirtschaftlicher Rechnungsführung und Eigenfinanzierung können unsere Möglichkeiten in gewissem Maße eingeschränkt werden. Daher gilt es,

allerorts Kurs auf die größtmögliche Mobilisierung von Ersparnissen der Bevölkerung zum Wohnungsbau zu nehmen. Das sind unter anderem der Verkauf des Wohnraums für die individuelle Nutzung der Bürger sowie der Verkauf neuer Häuser gegen Barzahlung oder auf Kredit unter Bereitstellung der erwirtschafteten Mittel für die Erweiterung der Bauarbeiten.

Besondere Beachtung soll der Entwicklung des individuellen Wohnungsbaus gelten. Dabei ist zu beachten, daß er nur in dem Falle richtigen Aufschwung nimmt, wenn die entsprechenden Organisation für zentrale Wärme- und Wasserversorgung, für Kanalisation und andere Aspekte der Einrichtung des individuellen Wohnraums sorgen werden. Obligatorisch ist außerdem in den Gebieten des individuellen Wohnungsbaus die Schaffung von Kindereinrichtungen, Verkaufsstellen, Krankenhäusern und Polikliniken — kurzum all dessen, was für ein normales Leben der Menschen notwendig ist. Das muß man sehr vernünftig machen und alles genau berechnen, damit das künftige Wohnungsprogramm keine Zweifel aufkommen läßt.

Vieles gilt es auch für die Verbesserung des ländlichen Wohnungsbaus zu leisten. Denn wenn wir das Lebensmittelprogramm ernstlich lösen und dem Dorf unsere alten Schulden zurückerkennen wollen, müssen die Fragen der sozialen Entwicklung für uns vorrangig werden. Den Werktätigen der Landwirtschaft interessieren heute nicht einfach das Dach über dem Kopf, sondern auch bequemer, funktionsfähiger und komfortabler Wohnraum, der in gewissem Maße den objektiven bestehenden Unterschied zwischen dem städtischen und dörflichen Lebensniveau ausgleicht.

Es haben sich schon viele Beispiele der erfolgreichen Verwirklichung dieser Aufgabe auf höchster Ebene angesammelt. Viele der hier Anwesenden haben die Sowchose in den Gebieten Zelinograd und Kokschetaw besucht und gesehen, was für schöne Häuser man bauen kann. Mehrmals brachten wir auch unsere hohen Gäste dorthin und zeigten ihnen, wozu man bei uns fähig ist. Ich glaube, es ist schon längst an der Zeit, hier von den „Ausstellungen“ Exemplaren zum Serienbau überzugehen. Um so mehr, als die Möglichkeiten dafür bestehen und die Herangehensweisen bei der Lösung des Problems allen gut bekannt sind.

Genossen! In meiner Ansprache habe ich nur zwei Fragen berührt, die die Öffentlichkeit der Republik heute bewegen. Sie sind selbstverständlich viel zahlreicher, dabei sind sie viel zahlreicher, aktuell und betreffen buchstäblich alle Bereiche des politischen, sozialökonomischen und geistigen Lebens. Welche Probleme wir jetzt auch behandeln, haben sie alle einen Hauptnenner, bedingt durch den Charakter und das Wesen der neuen Umgestaltung — die Selbst, die von der XIX. Unionsparteiorganisation eingelegt wurde. Das ist eine Etappe konkreter Taten und der realen Verwirklichung der Ideen der Umgestaltung.



# Erklärung der Sowjetregierung

Der Präsident der Republik Afghanistan, Najibullah, hat an den UNO-Generalsekretär sowie an die UdSSR und die USA — die Garanten der Genfer Vereinbarungen — am 10. März einen Aufruf gerichtet. Es geht um die Eskalation der Einmischung von außen in die Angelegenheiten Afghanistans, die nicht nur die Verstärkung des Blutvergießens in Afghanistan selbst, sondern auch weitere Spannungen in regionalem und globalem Maßstab in sich birgt. Im Zusammenhang mit diesen Aufrufen erachtet die sowjetische Regierung es als erforderlich, folgendes zu erklären.

Rund ein Monat ist seit der Beendigung des Abzugs sowjetischer Truppen aus Afghanistan vergangen. Die Truppen wurden in strikter Übereinstimmung mit dem Terminplan abgezogen, der von den Genfer Afghanistan-Vereinbarungen festgelegt wurde. Die Treue der Sowjetunion zu ihren aus diesen Vereinbarungen resultierenden Verpflichtungen wurde von der internationalen Gemeinschaft, von der Organisation der Vereinten Nationen gewürdigt.

Es wurden für die legitime Regierung der Republik Afghanistan und für die Opposition allem Anschein nach jegliche Möglichkeiten geschaffen, die afghanische Regelung in die friedlichen Bahnen zu leiten sowie gegenseitig annehmbare Kompromisse und politische Lösungen vor Überwindung der innerafghanischen Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Dennoch entspannt sich die Situation in Afghanistan nicht. Mehr noch, die Spannungen nehmen zu. Der sinnlose Bürgerkrieg zwischen den Afghanen verschärft sich und nimmt immer größeres Ausmaß an.

Auf diese Weise liegt es auf der Hand, daß die Ursachen für das Blutvergießen gar nicht in der sowjetischen militärischen Präsenz zu suchen waren, wie es jene darzustellen versuchen, die damit ihre eigene unansehnliche Rolle in der Zuspitzung der Lage in Afghanistan zu vertuschen streben. Die Ursache ist nach wie vor die im Widerspruch zu den Genfer Vereinbarungen stehende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans von außen, die nach dem Abzug der sowjetischen Truppen größere Ausmaße angenommen hat.

Die bewaffnete afghanische Opposition, die von gewissen politischen und militärischen Kreisen Pakistans, der USA, Saudi-Arabiens und anderer Länder aufgewiegelt und angespornt wird und die sich über alle vernünftigen Appelle der Regierung der Republik zur nationalen Aussöhnung hinwegsetzt, hat Kurs auf ausschließlich militärische Methoden der Lösung und auf die gewaltsame Machtergreifung genommen. Die Bildung der sogenannten „afghanischen Übergangsregierung“ in Pakistan durch sie verschärft lediglich die Konfrontation und führt zur Eskalation des Blutvergießens.

Die sowjetische Regierung teilt voll und ganz die Besorgnis für die Geschieche der afghanischen Regelung, die in den Appellen des Präsidenten Afghanistans, Najibullah, geäußert wurde. Die Genfer Vereinbarungen werden mit Füßen getreten. Es ist noch nicht genug, daß auf pakistanischem Territorium die gesamte Infrastruktur der Einmischung — Hauptquartiere der oppositionellen Gruppierungen, Lager und Ausbildungszentren für Extremisten und Terroristen sowie Umschlagpunkte — praktisch unversehrt geblieben ist.

Es ist noch nicht genug, daß Rüstungen, einschließlich gepanz-

zter Technik, Munition und Truppen, aus Pakistan nach Afghanistan in großen Dimensionen und offen verlegt werden. Pakistanische Truppen nehmen direkt an Kampfoperationen an der Seite der afghanischen Opposition teil. In den Reihen der bewaffneten Formationen der Opposition gibt es viele umgekleidete pakistanische Offiziere. Besonders intensiv ist die direkte militärische Präsenz Pakistans im Raum Jalalabad. Die afghanische Opposition verbindet die Eroberung dieser Stadt mit ambitionierten Plänen, dort ihre „Übergangsregierung“ zu unterbringen. Allein an Operationen an der Straße Torkham — Jalalabad beteiligen sich mehr als 500 Pakistanner aus Territorialtruppen (die sogenannten „Malischen“), 800 „Malischen“ trafen im Raum der afghanischen Siedlung Gaziabad ein. Hub-schrauber der pakistanischen Armee befördern dorthin Munition und Waffen. Die Aufzählung ähnlicher Beispiele kann fortgesetzt werden. Die militärischen Aktivitäten der mit Pakistan verbundenen bewaffneten Formationen richten sich auch gegen das sowjetische Territorium. Dieser Tage wurde in einem an Afghanistan grenzenden Gebiet der Tadshikischen SSR ein sowjetischer Grenzposten beschossen.

Als einer der Garanten der Genfer Vereinbarungen kann die Sowjetunion nicht gleichgültig bleiben und die Augen vor den Versuchen verschließen, sich über diese Vereinbarungen hinwegzusetzen. Sie kann die Augen nicht davor verschließen, daß einer ihrer Teilnehmer einer offenen Aggression ausgesetzt wird. In diesem Zusammenhang rufen wir den Generalsekretär der UNO unter deren Schirmherrschaft die Genfer Vereinbarungen geschlossen wurden, sowie die Vereinigten Staaten, deren Unterschrift unter der Deklaration über internationale Garantien steht, dazu auf, schnellstmögliche und wirksame Maßnahmen zu treffen, damit der ausländischen Intervention Afghanistans ein Ende gesetzt wird und die Genfer Vereinbarungen auf diese Weise in vollem Umfang realisiert werden. Es ist endlich an der Zeit, dem afghanischen Volk die Möglichkeit zu geben, Ruhe zu erlangen, das Blutvergießen einzustellen, zur kreativen Arbeit zurückzukehren sowie gemäß seinen Traditionen und Sitten, in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn zu leben.

Die Sowjetunion, die für die Erlangung der innerafghanischen Regelung durch politische Verhandlungen konsequent eintritt, verurteilt auf entschiedenste Weise die Aktionen Pakistans und der mit ihm verbundenen „Allianz der Sieben“, die auf die Schürung des bewaffneten Konflikts in Afghanistan gerichtet sind, und fordert ihre sofortige Einstellung. Die sowjetische Regierung erklärt, daß sie getreu den Genfer Vereinbarungen auf deren Realisierung hinarbeiten und ihre aus den bilateralen sowjetisch-afghanischen Verträgen resultierenden Verpflichtungen einhalten wird, die dazu berufen sind, die Souveränität und die Unabhängigkeit Afghanistans vor Angriffen von außen zu bewahren.

In diesem Zusammenhang verweist die sowjetische Regierung unbeirrt darauf, daß jene, die durch ihre kurzfristige und unrealistische Politik den innerafghanischen Hader fördern und gegenüber dem Nachbarland expansionistische Ziele verfolgen, die ganze Verantwortung für die möglichen schweren Folgen der Fortsetzung des afghanischen Krieges tragen werden.

# PANORAMA

Die Warschauer Vertragsstaaten und die NATO-Länder haben auf den Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa ihre Vorschläge unterbreitet, die durch beide Seiten eingehend geprüft werden. Offensichtlich ist es heute besonders wichtig, gegenseitig annehmbare effektive Prinzipien und eine Methodologie für die Gestaltung der Verhandlungen abzustimmen sowie die aussichtsreichsten und auf baldige praktische Ergebnisse orientierten Herangehensweisen zu ermitteln. In diesem Zusammenhang möchte ich, ausgehend von meinen persönlichen Erfahrungen, die ich bei langjährigen Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa gesammelt habe, einige Erwägungen hinsichtlich der neuen Verhandlungen zum Ausdruck bringen.

Da eines der Ergebnisse der Reduzierungen in der Durchsetzung niedrigerer Niveaus der Rüstungen und der zahlenmäßigen Stärke der Truppen bestehen soll, so sollte offensichtlich eben die Abstimmung dieser Niveaus in erster Linie in den Mittelpunkt gestellt werden. Mit anderen Worten es wäre zweckmäßiger, nicht mit der Abstimmung der Ausgangsdaten über die Streitkräfte und Rüstungen (obgleich die Kenntnis eines realen Kräfteverhältnisses zweifellos ein wichtiges Element der Verhandlungen ist) und nicht mit der Bestimmung des Umfangs der Reduzierungen des Personals sowie dieser oder jener Kategorien von Rüstungen zu beginnen. Man sollte von Anfang an über die Ergebnisse sprechen, nach deren Abstimmung die Seiten selbst den Umfang der Reduzierungen bestimmen werden, die notwendig sein werden, um die gemeinsam fixierten Endniveaus zu erreichen. Wenn man aber den Weg einschlägt, den die Verhandlungen über Mitteleuropa lange Zeit gegangen waren, so kann eine Diskussion über die Ausgangsdaten und die Methoden der Aufzählung von Streitkräften und Rüstungen für eine lange Zeit bremsen.

Natürlich kann man auch einen anderen Weg nicht ausschließen, nämlich eine parallele Erörterung sowohl der Ausgangsdaten als auch der Endniveaus. Eine solche parallele Behandlung würde ebenfalls die Zeit sparen. Das wichtigste besteht aber darin, daß man die Lösung der Frage der Ausgangsdaten vor dem Übergang zur Erörterung der Endergebnisse nicht abzuwarten braucht.

Nicht weniger wichtig ist es meines Erachtens, sich auf niedrigere Niveaus von Rüstungen in allen Kategorien zu orientieren, ohne nur einige Elemente des Kräftegleichgewichts zum Nachteil der einen oder der anderen Seite, des Warschauer Vertrages oder der NATO, auszukoppeln. So halten es die UdSSR und ihre Verbündeten für zweckmäßig, das Problem der Beseitigung von Ungleichheiten bei solchen Arten von Rüstungen wie die Kampfflugzeuge der Frontfliegerkräfte, die Panzer, die Kampfpanzerfahrzeuge und gepanzerten Gefechtsfahrzeuge und Schützenpanzerwagen, die Artillerie, einschließlich der Mehrfachwerfer-Systeme und Granatwerfer, zu behandeln. Gerade bei diesen besonders destabilisierenden Arten von Rüstungen sollen in erster Linie gleiche herabgesetzte Niveaus erreicht werden, um den Militärökonom in materieller Hinsicht einen defensiven Charakter zu verleihen.

Die NATO-Länder haben allerdings vorgeschlagen, sich ausschließlich auf einen Ausgleich der Lage bei drei Arten von Rüstungen, und zwar bei den Panzern, den Artilleriegeschützen und den Schützenpanzerwagen, zu beschränken. Ein solches Herangehen ist auf eine einschneidende und im Grunde genommen einseitige Reduzierung der Verteidigungsmöglichkeiten des Warschauer Vertrages gerichtet, während die Rüstungen, bei denen der Nordatlantikblock eine klare Überlegenheit besitzt (darunter die Angriffsliegerkräfte und Kampfpanzer) weitgehend erhalten bleiben. Bei einem solchen selektiven Herangehen können die NATO-Länder kaum ein positives Echo ihrer Verhandlungspartner erwarten. Den Zielen der Nichtbeeinträchtigung der Sicherheit durch jede der Seiten würden nur solche Nivelierungen von Disbalancen und Asymmetrien entsprechen, die gleichzeitig alle Bereiche umfassen würden: sowohl diejenigen, bei denen gegenüber der Warschauer Vertrag Überlegenheit ist, als auch die Kategorien von Rüstungen, bei denen die Oberlegen-

## Zur Steigerung der Effektivität der Wiener Verhandlungen

heit auf der Seite des Nordatlantikblocks ist.

Schließlich muß auf den Verhandlungen ein strenges Kontrollregime abgestimmt werden, das die Möglichkeit für die Kontrolle sowohl der Ausgangsdaten als auch des Prozesses der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen als auch der bleibenden Niveaus gewährleisten würde sowie jedem der Teilnehmer volle Sicherheit geben würde, daß alle übernommenen Verpflichtungen strikt eingehalten werden. Heute dürften es angesichts der Erfahrungen, die auf dem Gebiet der Ausarbeitung und der Realisierung des INF-Vertrages gesammelt wurden, alle Möglichkeiten für eine gemeinsame Ausarbeitung eines solchen Kontrollregimes vorliegen, darunter mit einer umfassenden Anwendung von Vor-Ort-Inspektionen ohne recht auf Absage.

Die im Mandat der Verhandlungen fixierten übereinstimmenden Positionen aller Teilnehmer könnten als eine geeignete Basis für Diskussionen sein, die auf die Suche von Lösungen gerichtet sind. Bei politischem Willen sowohl der NATO-Länder als auch der Warschauer Vertragsstaaten könnte offensichtlich relativ bald ein realer Prozeß des Abbaus der militärischen Konfrontation auf unserem Kontinent in Angriff genommen werden.

Wladimir TSCHERNYSCHOW, TASS-Kommentator

Die Regierungstreuen Truppen, die in Jalalabad, das Verwaltungszentrum der Provinz Nangarhar, verteidigen, haben ihre Stellungen nicht nur erhalten, sondern die Rebellen an einigen Orten von der Stadt noch weiter verdrängt können, berichtet die afghanische Nachrichtenagentur Bakhtar. Die Verluste unter den angreifenden Rebellen und den sie unterstützenden pakistanischen Soldaten betragen 276 Mann an Toten und 215 Mann an Verwundeten. Darunter befinden sich auch einige Kommandeure. Mit dem Artillerieeinsatz wurden 14 wetttragende Geschütze und 17 Granatwerfer vernichtet, aus denen die Stadt beschossen worden war. Ferner wurde eine Fahrzeugkolonne mit Munition und Waffen sowie 29 Feuerstellen und neun Rundfunksender vernichtet.

Laut verfügbarer Information verstärkt sich im Hinterland des Gegners die Unzufriedenheit mit den Aktivitäten der pakistanischen Militärs, die die Leichen der gefallenen Rebellen verbrennen. Wie am Montag Augenzeugen und Gefangene berichteten, haben Offiziere und Militärbesatzer aus Pakistan sowie einige Kommandeure der oppositionellen Truppen einen geheimen Befehl erteilt, die Verwundeten zu erschließen, die nicht evakuiert werden können. Dieser Befehl hat bei den Rebellen Entrüstung ausgelöst, und in einzelnen Fällen legten sie ungesohnten an den Tag und manchmal leisteten sie sogar bewaffneten Widerstand.

Die Extremisten, die auf dem Gefechtsfeld keine Erfolge erzielt haben, haben nun den Beschuß der Wohnviertel von Jalalabad verstärkt. Wenn in der ganzen Zeit ihrer Offensive auf die Stadt 24 000 Raketen, Geschosse und Granaten niedergegangen sind, so waren es allein in den vergangenen 24 Stunden rund 12 000. Infolge des Beschusses wurden fünf Personen getötet und 15 verwundet. Die Stadt selbst erlitt beträchtliche Zerstörungen.

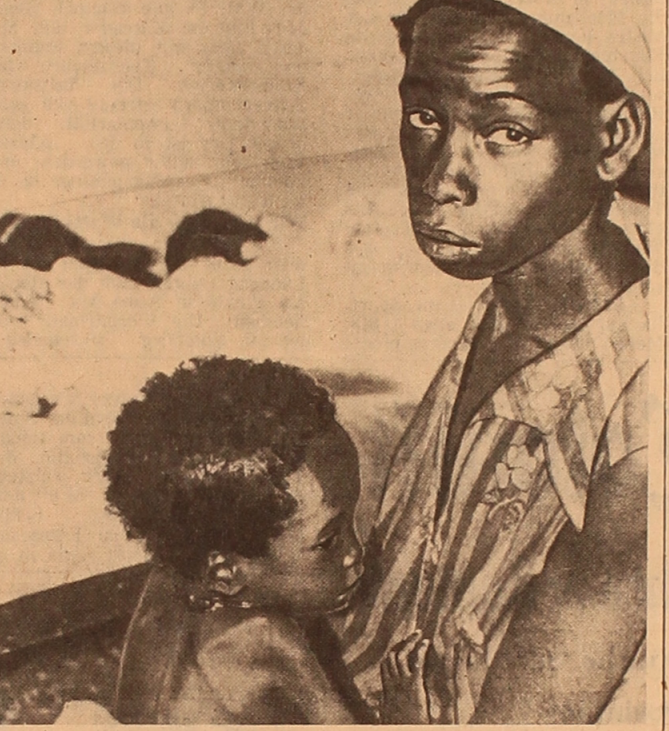
Die afghanische Nachrichtenagentur betont, daß die Regierungstruppen die Situation unter Kontrolle haben und ihre Stellungen weiter ausbauen.

## In den Bruderländern

### Neue Etappe im Zusammenwirken

ULAN-BATOR. Das Programm der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der MRVP in Ideologie, Kultur, Wissenschaft und Bildung basiert auf den historischen Erfahrungen und gründet auf der unverbrüchlichen Freundschaft des mongolischen und des sowjetischen Volkes. Es leitet eine qualitativ neue Etappe der bilateralen Zusammenarbeit, vor allem im ideologischen Bereich, ein. Darüber wird im Artikel von B. Puredasch, stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der MRVP, der in der Zeitung „Unen“ erschienen ist, berichtet.

Unlängst sind in der mongolischen Hauptstadt unter Teilnahme der Sowjetunion ein Fernsehzentrum sowie ein Palast der Kultur, Wissenschaft und Technik ihrer Bestimmung übergeben worden. Gemäß diesem Programm wird die UdSSR der Mongolei große Hilfe bei der Ausbildung von ideologischen Mitarbeitern bzw. von Kadern für die Wissenschaft, Bildung, Kultur und Kunst der Republik erweisen.



Auf diesen der ausländischen Presse entnommenen Bildern sehen Sie Flüchtlinge — afrikanische Mütter und Kinder aus Sudan und Angola. Eben solche Sujets könnten auch aus einer Reihe anderer Länder des Kontinents kommen — aus Äthiopien, Mocambique, Somalia, Malawi, Uganda.

## Messensonderausgabe „Die Wirtschaft“

BERLIN. Zur Leipziger Frühjahrmesse 1989 erschien jetzt eine Sonderausgabe „Die Wirtschaft“ im Umfang von 128 Seiten. Sie informiert über die Messeresultate der DDR-Industrie in rund 50 Angebotsbereichen. Das Leitthema der Leipziger Messe 1989 „Flexible Automatisierung“ wird an Hand mehrerer Beiträge veranschaulicht, insbesondere werden Spitzenleistungen und neue Konzepte des Werkzeugmaschinenbaus und der elektronischen Industrie der DDR vorgestellt.

In der Sonderausgabe wird dargelegt, in welchem Maße Schlüsseltechnologien wie die Mikroelektronik, die Roboter- und CAD/CAM-Technik, automatische Bearbeitungszentren und Fertigungszellen sowie Lasertechnik und Biotechnologien zunehmend das hohe Niveau des DDR-Angebotes bestimmen.

Der Leser findet außerdem Übersichten zu den Branchen der Frühjahrmesse, Hinweise zu Kulturveranstaltungen und Lagerpläne der Messehäuser und -hallen auf dem Messegelände wie in der Innenstadt.

Das Flüchtlingsproblem ist in Afrika gegenwärtig eines der ernsthaftesten und unlösbarsten. Man flüchtet, um sich und seine Kinder zu retten. Man flüchtet in benachbarte Länder und Gebiete, wo keine Kampfhandlungen geführt werden, wo man Durst und Hunger zu stillen hofft. Die Menschen flüchten vor Kriegen, inneren Feinden, Hunger und Naturkatastrophen. Die instabile Situation im Süden Afrikas, verursacht durch die Aggression der Republik Südafrika gegen die benachbarten Staaten, treibt die Menschen aus Angola, Mosambique und Namibia fort.

Foto: TASS

## Initiative der Regierung Islands

In der UdSSR ist die Initiative der Regierung Islands nicht unbemerkt geblieben, eine internationale Konferenz über die Seestreitkräfte im Nordatlantik und eventuell über eine vollständige Entmilitarisierung der nördlichen Seeregion in Zukunft durchzuführen. Diese Initiative wird als ein Zeugnis für das zunehmende Interesse der Nordeuropäer an der Festigung der Sicherheit, des Vertrauens und der militärpolitischen Stabilität in diesem Teil der Welt bewertet.

Diese Initiative wurde vom Finanzminister Islands, Olafur Ragnar Grimsson, auf einem Forum von Vertretern der Länder Nordeuropas, der Sowjetunion und der USA über Probleme der Sicherheit Nordeuropas in Oslo verkündet. Er verwies dabei unter anderem darauf, daß eine solche Konferenz den Inhalt der Reduzierung von Rüstungen in den nördlichen Seengebieten erörtern sowie Modi für die Verhandlungen und deren Tagesordnung in Verbindung mit den anderen europäischen Abrüstungsproblemen ausarbeiten könnte.

In den sowjetischen diplomati-

schon Kreisen wird auf die Wichtigkeit dieser Erklärung sowie der jüngsten Äußerung des isländischen Ministerpräsidenten Steingrimur Hermannsson darüber hingewiesen, daß auf dem Territorium Islands niemals, sei das in der Zeit des Friedens oder eines Krieges, Kernwaffen stationiert werden. Die jüngsten außenpolitischen Aktionen Islands klingen an die Rede M. S. Gorbatschows im Oktober 1987 in Murmansk an, in der er die Staaten des Nordens aufgerufen hat, „die dort seit langem herangereiften Sicherheitsprobleme zu erörtern“. Die Konferenz, deren Einberufung von der Regierung Islands initiiert wird, könnte zur Anbahnung eines substantiellen Dialogs über Fragen der Begrenzung von Marineaktivitäten und über die Reduzierung von Rüstungen auf See beitragen, vorausgesetzt, daß daran alle interessierten Staaten, einschließlich der USA, teilnehmen würden. Wie im UdSSR-Außenministerium gegenüber TASS erklärt wurde, ist auch die Sowjetunion bereit, ihren konstruktiven Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe zu leisten.

## Extremisten verdrängt

Die Regierungstreuen Truppen, die in Jalalabad, das Verwaltungszentrum der Provinz Nangarhar, verteidigen, haben ihre Stellungen nicht nur erhalten, sondern die Rebellen an einigen Orten von der Stadt noch weiter verdrängt können, berichtet die afghanische Nachrichtenagentur Bakhtar. Die Verluste unter den angreifenden Rebellen und den sie unterstützenden pakistanischen Soldaten betragen 276 Mann an Toten und 215 Mann an Verwundeten. Darunter befinden sich auch einige Kommandeure. Mit dem Artillerieeinsatz wurden 14 wetttragende Geschütze und 17 Granatwerfer vernichtet, aus denen die Stadt beschossen worden war. Ferner wurde eine Fahrzeugkolonne mit Munition und Waffen sowie 29 Feuerstellen und neun Rundfunksender vernichtet.

Laut verfügbarer Information verstärkt sich im Hinterland des Gegners die Unzufriedenheit mit den Aktivitäten der pakistanischen Militärs, die die Leichen der gefallenen Rebellen verbrennen. Wie am Montag Augenzeugen und Gefangene berichteten, haben Offiziere und Militärbesatzer aus Pakistan sowie einige Kommandeure der oppositionellen Truppen einen geheimen Befehl erteilt, die Verwundeten zu erschließen, die nicht evakuiert werden können. Dieser Befehl hat bei den Rebellen Entrüstung ausgelöst, und in einzelnen Fällen legten sie ungesohnten an den Tag und manchmal leisteten sie sogar bewaffneten Widerstand.

Die Extremisten, die auf dem Gefechtsfeld keine Erfolge erzielt haben, haben nun den Beschuß der Wohnviertel von Jalalabad verstärkt. Wenn in der ganzen Zeit ihrer Offensive auf die Stadt 24 000 Raketen, Geschosse und Granaten niedergegangen sind, so waren es allein in den vergangenen 24 Stunden rund 12 000. Infolge des Beschusses wurden fünf Personen getötet und 15 verwundet. Die Stadt selbst erlitt beträchtliche Zerstörungen.

Die afghanische Nachrichtenagentur betont, daß die Regierungstruppen die Situation unter Kontrolle haben und ihre Stellungen weiter ausbauen.

zeugkolonne mit Munition und Waffen sowie 29 Feuerstellen und neun Rundfunksender vernichtet.

Laut verfügbarer Information verstärkt sich im Hinterland des Gegners die Unzufriedenheit mit den Aktivitäten der pakistanischen Militärs, die die Leichen der gefallenen Rebellen verbrennen. Wie am Montag Augenzeugen und Gefangene berichteten, haben Offiziere und Militärbesatzer aus Pakistan sowie einige Kommandeure der oppositionellen Truppen einen geheimen Befehl erteilt, die Verwundeten zu erschließen, die nicht evakuiert werden können. Dieser Befehl hat bei den Rebellen Entrüstung ausgelöst, und in einzelnen Fällen legten sie ungesohnten an den Tag und manchmal leisteten sie sogar bewaffneten Widerstand.

Die Extremisten, die auf dem Gefechtsfeld keine Erfolge erzielt haben, haben nun den Beschuß der Wohnviertel von Jalalabad verstärkt. Wenn in der ganzen Zeit ihrer Offensive auf die Stadt 24 000 Raketen, Geschosse und Granaten niedergegangen sind, so waren es allein in den vergangenen 24 Stunden rund 12 000. Infolge des Beschusses wurden fünf Personen getötet und 15 verwundet. Die Stadt selbst erlitt beträchtliche Zerstörungen.

Die afghanische Nachrichtenagentur betont, daß die Regierungstruppen die Situation unter Kontrolle haben und ihre Stellungen weiter ausbauen.

## Deputierte gewählt

(Schluß)

schafflichen Komitees aus, die für Frieden, Solidarität und internationale Zusammenarbeit einreten. Die Wahl war am Montag im Säulensaal des Gewerkschaftshauses in Moskau veranstaltet worden. Für sieben Mandate kandidierten 17 Personen. Die notwendige Stimmenmehrheit konnten nur fünf der Kandidaten auf sich vereinen.

Jetzt werden in Übereinstimmung mit dem Wahlgesetz zusätzliche Wahlen von dieser Allianz der neun friedensstiftenden Organisationen durchgeführt. Das bedeutet aber, daß erneut Kandidaten für die zwei verbliebenen Deputiertenmandate nominiert werden müssen, daß eine Wahlkampagne mit anschließender Registrierung der Kandidaten stattfinden hat. Eine Abstimmung soll nicht früher als in zwei Wochen und nicht später als in zwei Monaten, begonnen mit dem heutigen Tag, erfolgen.

Unter den Kandidaten, die ein Mandat des Volksdeputierten der UdSSR bekommen haben, sind Menschen verschiedener Berufe. Jeder von ihnen sieht die Probleme der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft aus seiner spezifischen Sicht.

Unter den gewählten Volksdeputierten der UdSSR sind der Kolchosvorsitzende aus Belorussland Wladimir Bedulja, der bekannte Politologe Fjodor Bur-lazki, der Vorsitzende des So-

wjetischen Friedensfonds und Schachweltmeister Anatoli Karpow, der erste Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden des Sowjetischen Friedensfonds Wladimir Maslin, die Fliegerkosmonautin Swetlana Sawizkaja. Bei allen Unterschieden ihrer Wahlprogramme sind sie alle aktive Teilnehmer der Bewegung für den Frieden, für die Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Erde. Tatkraftiges Handeln für den Frieden auf unserem Planeten, Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit, Reduzierung der Militärausgaben und Konversion der Rüstungsindustrie, Verhinderung der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts, Entwicklung verschiedener Formen der Volksdiplomatie — diese Punkte enthalten die Wahlprogramme aller fünf gewählten Volksdeputierten der UdSSR.

Am gleichen Tag haben die Wähler ihren Abgeordneten auch ihre Aufträge erteilt. Die wichtigsten darunter sind die Forderung, daß von nun an kein einziger sowjetischer Soldat ins Ausland ohne Genehmigung des Obersten Sowjets der UdSSR geschickt wird, Fragen der Reduzierung der Streitkräfte. Die Volksdeputierten verpflichteten sich, diese und die anderen Aufträge ihrer Wähler zu erfüllen sowie ihre Interessen im höchsten Organ der Staatsmacht zu verteidigen.

(TASS)



Volksrepublik Bulgarien, die Arm-bänder und der Halsschmuck, die Sie auf dem Bild sehen, sind nicht nur schön, Sie haben auch die Heil-eigenschaft, den Blutdruck zu senken, was für Hypertoniker sehr wichtig ist.

Diese „Zaubersachen“ sind nach einem von bulgarischen Wissenschaftler Iwan Anshelov vorgeschlagenen „Rezept“ hergestellt worden. Jahrelang erforschte er die Volks-medizin in Nepal. Seine Erfindung beruht auf dem magnetischen Einfluß bei der Berührung mit Akupunkturstellen.

Foto: TASS

## Erbe Thomas Müntzers bewahrt

Zahlreiche Vorhaben zum 500. Geburtstag des frühbürgerlichen Revolutionärs

Der 500. Geburtstag des Predigers, Reformators und Bauernkriegsführers Thomas Müntzer wird in diesem Jahr in der DDR als erstrangiges gesellschaftliches Ereignis begangen. Das ist das Fazit der zweiten Tagung des nationalen Vorbereitungskomitees im Januar 1989. Das Jubiläum sei von der Erkenntnis getragen, betonte Erich Honecker als Vorsitzender des Müntzer-Komitees, daß Gedenktage in der DDR Anlaß sind, historische Ereignisse und das Wesen bedeutender Persönlichkeiten tiefer zu verstehen und für die Gegenwart zu nutzen. So wird der Staatsakt für den verstorbenen 1489 im Harzstädtchen Stolberg geborenen Zeitgenossen Luthers im September auch nur ein Ereignis eines an Vorhaben reichen Jahres sein.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die umfassende Darlegung des marxistischen Müntzer-Bildes, das Wissenschaftler in interdisziplinärem Zusammenwirken erarbeiten haben und das bereits international ein starkes Echo findet. In zahlreichen Veröffentlichungen, auf Symposien und Kolloquien wird Thomas Müntzer, aus dem Umfeld der lutherischen Revolution kommend, als der erste frühbürgerliche deutsche Revolutionär gewürdigt. Sein soziales Verständnis des Christentums machte den „Gottesstreiter“ schließlich zum geistigen Führer der revolutionären Erhebung der Bauern im Thüringer Raum.

Ehrung an den Stätten seines Wirkens

In zahlreichen Bürgerinitiativen werden schon seit geraumer Zeit die Stätten seines Wirkens in der DDR rekonstruiert und in einen ansehnlichen Zustand ver-

setzt. Dabei ragen seine Geburtsstadt Stolberg, die sich darauf vorbereitet, mit dem Beinamen „Thomas-Müntzer-Stadt“ geehrt zu werden, das thüringische Mühlhausen, das den Höhepunkt seines revolutionären Wirkens erlebte und Frankenhäusen, in denen im Mai 1525 die um Müntzer gescharten Bauern von den Fürstenherren geschlagen wurden, heraus.

In Mühlhausen, das allein acht Bau-, Kunst- und Geschichtsdenkmale aufzuweisen hat, die eng mit dem Wirken Müntzers verbunden sind, wird eine neue Bauernkriegsausstellung eröffnet und ein Kultur- und Ausstellungs-zentrum der Öffentlichkeit übergeben. In der Marienkirche wird im April ein Müntzer-Memorial des Dresdner Bildhauers Claus Michael Stephan enthüllt. Höhepunkt der Ehrungen in Frankenhäusen soll im September die feierliche Eröffnung der Bauernkriegs-Gedenkstätte „Panorama“ mit dem Monumentalbild von Werner Tübke „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ sein. Müntzer-Denkmal entstehen in Stolberg und Zwickau.

In den Städten, in denen Müntzer gewirkt hat, werden über das ganze Jahr hinweg vielfältige kulturelle Veranstaltungen stattfinden, deren Höhepunkte festliche Tagungen der Volksvertreter, gen sein werden. Darüber hinaus werden historische Festumzüge, Märkte, Festspiele und andere Großveranstaltungen veranstaltet. Auf besondere Art gedenken auch Betriebe, Genossenschaften und andere Institutionen, die den Ehrennamen Thomas Müntzer tragen, des Revolutionärs. Neue Namensträger werden unter anderem die Hochschule für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft in

Bernburg und ein Jugendklub in Zwickau sein.

Neuschöpfungen der Komponisten, Dramatiker und Filmemacher

Eine Aufforderung des Thomas-Müntzer-Komitees an die Kulturschaffenden, mit ihren Mitteln das Jubiläum vorzubereiten, hat reiche Früchte getragen. Die Spielpläne der Theater, Orchester und Ballette enthalten neben Meisterwerken aus dem kulturellen Erbe Schöpfungen neuerer Zeit. Darunter sind das „Mansfeld-Oratorium“ von Ernst-Hermann Meyer, das Oratorium von Wolfgang Hohensee „Die Antwort“ und das Ballett „Die schwarzen Vögel“ von Georg Katzer. Allein in der Instrumental- und Vokal-musik werden über zehn größere Werke uraufgeführt. Es sind unter anderem Müntzer-Kantaten von Eberhard Schmidt und Siegfried Limberg, ein Poem von Heinz Ahrenz und eine Bauernkantate von Neumann/Freilicht. Eine Reihe von Theatern wie zum Beispiel in Zwickau, Erfurt und Eisenach gestalten musikalisch-literarische Programme. Das Thomas-Müntzer-Theater Eisenach bereitet die Uraufführung des Auftragswerkes „Satan“ von Allstedt“ von Lothar Gitzel vor, und im Landestheater Halle wird das Stück von Dieter Forte „Martin Luther und Thomas Müntzer oder die Einführung der doppelten Buchführung“ Premiere haben.

Das Filmangebot umfaßt als Retrospektive Spiel- und Dokumentarfilme, unter anderem den DEFA-Film „Thomas Müntzer“. Das Fernsehen produziert den Film „Ich, Thomas Müntzer, eine Sichel Gottes“.

An den Müntzer-Ehrungen be-

teiligen sich auch zahlreiche Volkskunstkollektive wie das Kulturensemble des Volksrates „Thomas Müntzer“ in Memleben.

In allen Wirkungsstätten des Revolutionärs werden die ständigen Ausstellungen neu gestaltet. Herausragend sind zwei Ausstellungen in der DDR-Hauptstadt Berlin. Im Alten Museum wird die Exposition „Dasein und Vision Bürger und Bauern um 1500“ zu sehen sein. Das Museum für Deutsche Geschichte hat seine Ausstellung „Ich, Thomas Müntzer, ein Knecht Gottes“ über-schrieben.

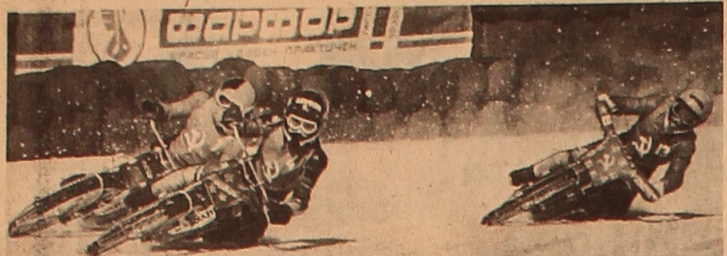
Beitrag zu UNESCO-Veranstaltungen

An den Jubiläumsveranstaltungen beteiligt sich auch der Bund der Evangelischen Kirchen der DDR. Nachdem sich die Kirche in der DDR 1975 erstmals dem über 400 Jahre von ihr verdrängten Thema Müntzer gestellt hatte, führt sie diese Arbeit 1989 in Publikationen, Diskussionen und Ausstellungen fort. Höhepunkt wird ein gesamtkirchlicher Kongreß im Juni in Mühlhausen unter dem Thema „Unsere Gegenwart und Gottes Zukunft — Müntzers Herausforderung als Anfrage an Kirche und Gesellschaft heute“ sein.

Mit der Müntzer-Ehrung leistet die DDR zugleich ihren Beitrag zur Kultur-Dekade der UNESCO. Anderserseits hat auch die von der UNESCO angenommene Resolution zur Thomas-Müntzer-Ehrung Initiativen in verschiedenen Ländern ausgelöst. In seinen Schlußbemerkungen auf der 2. Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees lud Staatsratsvorsitzender Erich Honecker Interessenten aus aller Welt herzlich ein: „Die Tür zum Geburtsland Thomas Müntzers steht allen offen, die sich davon überzeugen wollen, wie in der Deutschen Demokratischen Republik revolutionäres humanistisches Erbe gepflegt wird.“

Wilfried TIEDING  
Aus „Panorama DDR“



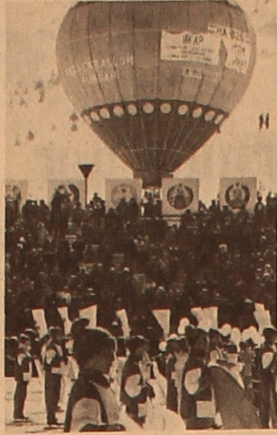


# Wettstreit der Stärksten auf Medeo

Einige Eindrücke von der Weltmeisterschaft



Eisspeedway — das Rennen mit speziellen Motorrädern auf der Eisbahn. Nun hatten auch die Einwohner Alma-Atas die Möglichkeit, sich mit dieser Sportart näher bekannt zu machen.



liegt, mit verdünnter Luft zu tun. Die Motoren der Spezialmaschinen arbeiten bekanntlich mit Spritzschüssen und sie „spüren“ die Verdünnung sehr. Unter diesen Bedingungen war der Oesterreicher Franz Schiefer, so hätte man vor dem Start annehmen müssen, im Vorteil, denn er hat die Möglichkeit, viel im Gebirge zu trainieren.

Die Vorbereitung zum Finale Sie begann lange Zeit vorher. Das Organisationskomitee mit A. S. Abdrachmanow an der Spitze hat eine umfangreiche Arbeit geleistet, damit die Weltmeisterschaft störungslos verlief.

Die Gastgeber haben sich viel Mühe, damit die Einwohner und Gäste von Alma-Ata von der Weltmeisterschaft auf Medeo erfahren und sich die Wettkämpfe anschauen. Überall grüßte von Plakaten der schelmische lächelnde Schneeleopard — das Emblem der WM.

Wie verliefen die Wettkämpfe? Sie begannen bereits im Januar 1989. 80 Favoriten aus 14 Ländern rangen um das Recht, am Finale in Alma-Ata teilzunehmen.

Madonna de Campillo (Italien), in Frankfurt am Main und in Berlin (West) ausgetragen. Für das Finale konnten sich insgesamt 16 Sportler qualifizieren: aus der UdSSR sechs, aus der CSSR, Schweden und Finnland je drei, aus der BRD zwei und aus Österreich ein Teilnehmer.

Zu den Wettkämpfen auf Medeo waren etwa 1.000 ausländische Touristen gekommen, die für Eisspeedway schwärmen und als leidenschaftliche Fans ihre Lieblinge überall begleiteten. Die Gastgeber hatten alles vorgesehen...

Aus Westberlin waren 104 Sportbegeisterte entpflogen. Sie flogen die ganze Nacht, der Zeitunterschied machte ihnen zu schaffen, aber sie kamen direkt vom Flughafen nach Medeo: Liebe macht blind...

Herbert Hauk aus Weblingen (BRD) ist einer der leidenschaftlichen Speedwayfans. Er behauptet, in eine beliebige Ecke der Welt fliegen zu wollen, um den Wettkampf auf der Eisbahn besuchen zu können.

## Der Luftballon über Medeo

Während der Weltmeisterschaft auf Medeo wurde zum erstenmal in Kasachstan ein Schau-Aufblasen eines Luftballons veranstaltet. Dieser Sportart findet in vielen europäischen Ländern immer mehr Anhänger.

Der Konstrukteur dieses Luftballons Istvan Buzsaki aus Pecz (Ungarn) demonstrierte die Möglichkeiten des Luftballons, und wir hoffen, daß diese Sportart auch in Kasachstan viele Anhänger finden wird.

Der Weg zum Siegerpodest Zu den Favoriten der WM, die es mit den sowjetischen Sportlern ernst aufnehmen konnten, zählten der Schwede Per Olav Serenius und der Finne Jahmo Hirvasoja. Doch die Karten bei diesem Finale waren wohl schon nach der ersten Runde verteilt.

Auf den Bildern: Die Eisspritzer sprechen... Baurtsaki aus den Händen der kasachischen Schöner... Ehrenrang der WM — Gadrachman Kadyrow, die lebendige Geschichte des sowjetischen Eisspeedways...

## Kulturmosaik

### Wer stimmt das Klavier?

Diese Frage plagte noch vor kurzem viele Musikfreunde von Aktjubinsk. Heute braucht man nur die entsprechende Rufnummer zu wählen, die Adresse anzugeben und die qualifizierten Meister der Kooperative „Kameraton“ sind am nächsten Tag zur Stelle.

### Das Theaterstudio „Rampe“

Das Kollektiv dieses Laientheaters ist in Dshambul gut bekannt. Sein Repertoire enthält einige Aufführungen, in denen aktuelle Probleme des Lebens der Jugend behandelt werden.

### Ein Märchen, bitte!

Die jungen Eltern in Ekibastus, Gebiet Pawlodar, die keine Omas haben, können nun ruhig ins Kino gehen. Während sie sich die neuen Filme ansehen, befinden sich ihre kleinen Kinder in guter Obhut der Mitarbeiter der Kooperative „Kinderbetreuung am Abend“.

### Verspätete Einzugsfeier

Vergeblich hatten die Schüler des Wohngebiets „Strötel-1“ von Uralak auf die Eröffnung der neuen Schule am 1. September gewartet; die Bauarbeiter hielten leider nicht Wort. Aber, wie gesagt, lieber spät als nie.

## Filmschaffende fassen „heißes Eisen“ an

Korruption, Unterschlagungen und Amtsmissbrauch hat der Spielfilm „Sternenregen“ zum Inhalt, der zur Zeit im Filmstudio der Turkmenischen SSR entsteht.

Ein weiteres „heißes Eisen“ ist der Drogenmißbrauch und dessen Bekämpfung. (TASS)

## Zum Schmunzeln, Lachen und... Nachdenken



Kudnouwent, ihr deutsche Leit! Warum Kudnouwent? No weil unser Leit dr Morchent un dr Tach Iwer ke Zeit nit han for Zeitungslese. Ja, ich hans ganz wrkelt in die „Freundschaft“ schreib ich s erschte Moul, un dou mise mr uns erscht bkanntmake: Ich heilich Schaf!

Da unsere Reise jetzt ohne großen Aufenthalt fortging, erreichten wir bald das Ziel derselben, ein sieben Meilen von Danzig entlegenes Dorf, welches, wenn ich mich noch recht erinnere, Orly, der Besitzer desselben aber, ein polnischer Edelmann, Dugolky hieß.

Wolt ihr wise, wie mr als Schower Redaktir git? Des kan ich eich erzähle Hart awr gut zu!

Einmoul saht mr mei Kumrad, dr Hermans Filip, daß mr jetzt deutsche Mejdler ach aus Moskau rauschreibe kan. Er hat mr ach glet die Adres gin. Die han ich mr ufgeschrieb, awr den Name von dem Medje han ich nit behal.

Wans sich Munschaw schreibe tut, so muses ach deutsch wrstehn, han ich gedonkt, hat mein Federstift genom un ales schon uf detsch gschrieb. Ich wär n detscher Jung, kent gut deutsch, mei Dialekt bnderscht gut, awr ach die Houchspruch. Ich han bei Kenlichberch in dr Armee gedient, un dou han ich unsre Soldate die Ufscrifte lese mise uf dene Grabplüder vum Kerchof, die was als Brikeljer gedient han in unserm Division.

Dou ware noch ke zwel Wuch rum, wie ach schon die Antwort kom. Awr omf Konwert hat Redaktizja gasety „Neue Rundschau“ gstan. Also hats Filippje gscht, ich sol an die Zeitung schreibe, dort is ja noch heit n Heiratmarkt drin. Ich hans selomelos awer noch nit gwilt. Der Hauptredaktir, dr Gnose Tscherp-zow, schreib mr, die brachte deutsche Leit in dr Redaktizje.

Dr Hauptlacher hat sich awr nit guspokjt. Wie mr dou klet nuom siewede November die Prowaker zu de Konstituizje gedrukt han, schreib mei Redaktir, daß jetz viele nele Gsetze, verabschiedet werden mussen! Was? Vrabtschide? Des is doch naoborot, nit anehme, a proschatsijsja.

Nix Kwartier hanse mr wrsproche, mitm Garash vor mei Maschin wärs schwer. S werd jo noch schlimer sin wie in Omske, han ich gdenkt, Nitschewo, drfler gibts Awtobuse gnaw, un yor die zweluhundertverzhich Ruwel kan mr sich noch manchmoul uf Taxu katazje. Mit jem Wort, ich han mei Maschin wrkrauft un sin nou Moskau gemach.

Korespondent Ingstelt. Mei Redaktir in dr Abteilung war n Wolynjer un hat in dr GDR gelernt. Sowsas Hochnäsches han ich ewlich noch nit gsten. Die wu nit so gut detsch kene wie er, die tut dr Drach auslache. Soun Tralal Un for was? Weil ich am erschte Tach die iwrliche Busch-tawe wechstrich han. Jedes zwelde Wort schreibe se douhle mit zwel „m“ oder mit zwel „n“.

Ich bin klej zum Hauptredaktr gan, was ich wum Konrad Iwanjtsch wolt. Dr Duden, saht se, was schon längscht gestorb, s git nor noch n Buch Iwer die Rechtschreibung vunn.

Dr Hauptlacher hat sich awr nit guspokjt. Wie mr dou klet nuom siewede November die Prowaker zu de Konstituizje gedrukt han, schreib mei Redaktir, daß jetz viele nele Gsetze, verabschiedet werden mussen! Was? Vrabtschide? Des is doch naoborot, nit anehme, a proschatsijsja.

Ich han dr Trap zum Hauptredaktir gelof un hann gscht, daß mei Natschalnik ale Kliner umringele tät, wanse n geljn täde lose. Dr Glawny hat klej n Prikas gschrieb un mich als Redaktir nasnatschajt. Dr Wolynjer sol als Korespondent sel Geld wrdiene, un wansm nit kfallt, sol getroschtr gehn aus dr Redaktizje.

scho der hochnäsche Wolynjer, ach wann in Leipzig gelernt hat. Die Tache hat mei Redaktir widr n Fehler zugeloh. N detscher Mensch schreibet, daser die Republik zurickstelt han wil. Un dr hochnäsche Trala schreibet noch des Wort „Autonomie“ drzu. Der schreibet iwarh gere lateinisch, wderse, daß die Leit nix wrsteln seie. Ich frou, was des beidele sol? „Autonomie“, saht dr Drach ganz ärscht, des in n Auto mitzamschtm Garasch. No, denk ich, der tut die arme Leit noch ufhetze, die sele nit nor s Haisje zurkwirange, der wil, daß die Leit von dr Reucherung ach noch n Maschin mitm Garasch fotre sele. Ich ghe straks zum Hauptredaktir un sahm sou n sou. Der ment doudruff, daß sich rasbiraje wil.

Korz vorm Neljour hat sich mei Redaktir selwer sel Grab rausgeschawelt. Dou schreibet ejner in die Zeitung; daß die Welbsleit in dr GDR viel Kinergeled krien un sich deswege mehr Kliner winshe tun. Mei Trala schreibet als Iwerschrift: „Babyjahr in der DDR“. Ich wil wise, was des beidele sol. Der Anderkrisht lacht un saht: „Hascht wol dem Jewtuschenko s Poem Babij Jar nit geles? Wu die Faschiste die Jude umgebrung han.“ Ich wolt wise, ob se ach Kliner umgebrung han. „No gewiß doch“, saht dr Drach.

Ich sin dr Trap zum Hauptredaktir gelof un hann gscht, daß mei Natschalnik ale Kliner umringele tät, wanse n geljn täde lose. Dr Glawny hat klej n Prikas gschrieb un mich als Redaktir nasnatschajt. Dr Wolynjer sol als Korespondent sel Geld wrdiene, un wansm nit kfallt, sol getroschtr gehn aus dr Redaktizje.

Dr Hauptlacher hat sich awr nit guspokjt. Wie mr dou klet nuom siewede November die Prowaker zu de Konstituizje gedrukt han, schreib mei Redaktir, daß jetz viele nele Gsetze, verabschiedet werden mussen! Was? Vrabtschide? Des is doch naoborot, nit anehme, a proschatsijsja.

Ich han dr Trap zum Hauptredaktir gelof un hann gscht, daß mei Natschalnik ale Kliner umringele tät, wanse n geljn täde lose. Dr Glawny hat klej n Prikas gschrieb un mich als Redaktir nasnatschajt. Dr Wolynjer sol als Korespondent sel Geld wrdiene, un wansm nit kfallt, sol getroschtr gehn aus dr Redaktizje.

# Der russische Colonist

## oder Christian Gottlob Züges Leben in Rußland

Nebst einer Schilderung der Sitten und Gebräuche der Russen, vornehmlich in den asiatischen Provinzen

Ich beschäftigte mich daher größtentheils mit meinen Gedanken, und stellte Betrachtungen über den sonderbaren Gang der menschlichen Schicksale an, wozu mich unter andern auch der Umstand veranlaßte, daß ich, ein Flüchtling aus Rußland, den, wenn er erwischt worden wäre, Gefängnis und die Knute erwartet hätten, jetzt von polnischen Bauern zur Frohne gefahren werden mußte.

Noch mehr als in der Gesellschaft des Sprachmeisters verließ ich Frau von Hülsen in der Gesellschaft des Majors gegen die Decenz. In den Nachtquartieren, wo durch des Majors Machtwort für jede Bequemlichkeit gesorgt wurde, und daher auch wohl mehr Zimmer hätten geräumt werden müssen, hatte sie immer ein gemeinschaftliches Zimmer mit ihm, worüber ich meine eigenen Betrachtungen hatte.

In einem Dorf nicht fern von Warschau trennten wir uns von dem Major und mußten nun wieder mit bezahlten Pferden fahren. Frau von Hülsen besuchte von jetzt an die Klöster sehr fleißig, vielleicht aus Andacht, vielleicht auch um bequemerer und wohlfeilerer Quartier zu finden, als es außer denselben möglich war. Ich lag ihr immer an, mich einmal mit in das Innere eines Klosters zu nehmen, und gültig wie sie war, bewilligte sie einst meine Bitte. Ich folgte ihr in das Sprechzimmer, hinter dem Gitter erschien eine alte häßliche Nonne, mit welcher Frau von Hülsen eine Zeitlang polnisch sprach, worauf die Tür geöffnet wurde. Ich trat meiner gnädigen Frau auf dem Fuß nach, und schmelchelte mir schon in der Hoffnung, in das Innerste eines Nonnenklosters zu gelangen, allein unerwartet gab mir die fromme Schwester einen so kräftigen Schubs, daß ich etliche Schritte zurücktaumelte. Die Tür wurde indessen zugeworfen, und die erzürnte Klosterjungfrau gelferte mich durch das Gitter eine Menge Schmähereien entgegen, die ich zum Glück nicht verstand.

Ich setzte mich auf einen der Polsterstühle, die in der Mitte des Saales um einen Tisch standen. Mir eine Unterhaltung zu verschaffen, blickte ich im Saal umher, und bedauerte, daß die Fenster so hoch abgebracht waren, daß man nicht hinaussehen konnte; vermuthlich aus Vorsicht, damit die frommen Klosterschwester sich nicht durch Blicke in die sündige Welt verunreinigen möchten. Nachdem ich in dem leeren Saal lange genug herumgeschaut hatte, um etwas zu mel-

nen Unterhaltung zu finden, fiel mir in einer Ecke eine Violine in die Augen, die ich rasch herabnahm und ein wenig zurechtstimmte. Ich spielte ein lustiges Polnisches auf, und weil niemand danach tanzen wollte, setzte ich meine Füße in Bewegung; doch kaum hatte ich angefangen, als der alte Drachen, der mich vorhin so unsanft aus dem inneren Heiligthum dieses Jungfrauenzimmers zurückgestoßen hatte, herausgefahren kam und mir das Instrument, das ich zum Skandal der ganzen frommen Schwesterschaft so pränsirte, ungestüm aus der Hand riß, mir, weil sie wahrscheinlich unterdessen erfahren hatte, daß ich ein Deutscher wäre, auf Deutsch zurief, ob ich nicht wüßte, daß ich an einem heiligen Orte sei, und mich kurz und lang schimpfte. Ich entschuldigte mich, so gut ich konnte, suchte die zürnende Vestalin zu besänftigen und nannte sie in der Angst eilichmal schöne Mamsel. Dieser schmelchelhafte Belname, welcher ihr in ihrem Leben vielleicht noch nicht gegeben worden war, brachte eine sehr gute Wirkung hervor. Sie sprach milder und wurde zuletzt sogar freundlich; meinte, man dürfte es mit mir, einem Lutheraner und halben Russen so genau nicht nehmen; erinnerte sich endlich, daß ich hungrig sein würde, und brachte mir bald darauf eine tüchtige Portion Ragout, das freilich weit besser schmeckte, als in den Wirtschaften, die nach polnisch-jüdischer Kochkunst zubereiteten Speisen (im östlichen Polen wurden die Schänken oftmals von jüdischen Pächtern betrieben).

Frau von Hülsen lachte bei ihrer Rückkehr über mein Abenteuer, einige Tage nachher begab sie sich in ein ähnliches. Sie fragte in einem Mönchskloster, wo der Bruder Pförtner sie ungehindert einließ, nach einem ihr bekannten Pater. Als sie die Antwort erhielt, daß er in ein anderes Kloster zum Besuch gegangen wäre, ließ sie sich den Weg dahin beschreiben, und wir folgten nun der erhaltenen Weisung. Unbesorgt gingen wir in den offenstehenden Hof, in welchem zwei Mönche auf und ab gingen und lasen. Sie blickten bei unserem Eintritt zu ihren Büchern empor, schlugen aber, als sie den Satanas in Gestalt eines schönen Welbes gewahrten, die Augen sofort wieder nieder, und nahmen von meiner schönen gnädigen Frau weiter keine Notiz. Sie näherte sich jetzt dem einen, um ihn anzureden, aber plötzlich kam, dem Aeußeren nach, ein Lalenbruder herbeigesprungen, faßte die Frau von Hülsen beim Arm und trachte hastigen Schrittes mit ihr zum

Tempel hinaus. Aus Furcht, daß ihr etwas Ubles begegnen möchte, sprang ich nach, sah aber, daß weiter nichts zu fürchten war. Der Lalenbruder entschuldigte sich sehr höflich, daß er seine Schuldigkeit habe tun müssen, weil er durchaus kein Frauenzimmer in das Kloster lassen, auch kein Mönch mit einer reden dürfe. Er empfahl sich der Frau von Hülsen sehr höflich, indem er sich tief verbeugte, und ihr linkes Bein, hart über dem Fuß, mit der rechten Hand berührte; eine sonderbare Ehrenbezeugung, die ich hier und da in Polen gesehen habe. Wunderschönlich war das letzte Kloster von einem strengen Orden, als das erste; ich konnte aber nicht erfahren, von welchem, weil in der Stadt, worin es begegnete, kein Deutscher, und ich des Polnischen zu wenig mächtig war, Erkundigung danach erziehen zu können.

Da unsere Reise jetzt ohne großen Aufenthalt fortging, erreichten wir bald das Ziel derselben, ein sieben Meilen von Danzig entlegenes Dorf, welches, wenn ich mich noch recht erinnere, Orly, der Besitzer desselben aber, ein polnischer Edelmann, Dugolky hieß. Letzterer war ein Verwandter der Frau von Hülsen, welche in Erbschaftsangelegenheiten zu ihm kam, und dieselben indessen betrieben wollte, bis ihr Gemahl aus der russischen Gefangenschaft ausgewechselt würde. Frau von Hülsen wurde von ihrem Vetter außerordentlich freundschaftlich aufgenommen, und auch ich sah mich nicht wie ein Bedienter, sondern auf eine Art behandelt, die meine Erwartung weit übertraf. Man räumte mir ein besonderes Zimmer ein, bezeugte sich auch übrigens sehr tüchtig gegen mich.

Raß auf einem polnischen Schloß — liebliche und gelstliche Anfechtungen — Spiegelgefechte mit einem Wolfe — Notwendigkeit, von Mitteld anderer zu zehren — Ankunft in der Helmat

Frau von Hülsen war so gültig gewesen, ihren Vetter meine erwiesenen guten Dienste gar sehr zu rühmen, ihm auch zu sagen, daß ich ein Mensch von Lebensart wäre. Dies hatte nicht nur die vorhin erwähnte bessere Behandlung zur Folge, sondern gewann mir auch eine gute Meinung des Herrn von Dugolky, welcher mir wiederholt dankte, daß ich seine liebe Mühe so gut abgewartet, und so sicher auf einem weiten Wege geleitet hätte.

(Fortsetzung, Anfang Nrn. 140—224, 3—48)

(Fortsetzung folgt)

### Unsere Anschrift:

Kazachska SSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gornogo, 50, 4-A ETJK



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteilithographische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibleisten — 33-25-87; Korrekturen — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kusnanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

### «ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит еженедельно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом. Объем 2 печатных листа. УГ01117 Заказ 12005

Chefredakteur Konstantin EHRlich